



AUSGABE 9 · 35. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 21.07.2004

Modernisierung

S. 3

Auskünfte, Anträge, Genehmigungen und Sperrmülltermine demnächst per Internet? NRW ist dabei, seine Verwaltung leistungsfähiger und kundenorientierter zu gestalten. Alle vier Fraktionen wollen „e-Government“ vorantreiben.

Windkraft

S. 10

Die CDU-Fraktion will das Landesplanungsgesetz so ändern, dass der „Wildwuchs“ von Windrädern besser gesteuert werden kann.



Haushalt

S. 14

In zweiter und dritter Lesung will der Landtag vor der Sommerpause den Nachtragshaushalt verabschieden. Zuvor hatten Experten in Anhörungen zu wichtigen Punkten des Gesetzentwurfs der Landesregierung Stellung bezogen.

Jugend

S. 15

Anhörung im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie: Vier Landtagsfraktionen, 14 Experten, drei Gesetzentwürfe und ein gemeinsames Ziel, ein Jugendfördergesetz für NRW. Unstimmigkeiten gab es dennoch.

Der Rhein transportiert Güter und Schadstoffe, liefert für 20 Millionen Menschen das Trinkwasser und er ist, das darf man nicht übersehen, ein natürlicher Lebensraum für Fische und Pflanzen. Natürlich? Der Mensch beansprucht und schädigt diesen europäischen Strom. Das verpflichtet seine Anrainer, ihn wenigstens annähernd zu dem Biotop werden zu lassen, das er einmal war. Am Beispiel Rhein lässt sich ablesen, dass Anstrengungen im Umweltschutz erfolgreich sind. Die Gewässergüte hat sich kontinuierlich gebessert, wie ständige Prüfungen ergeben (Bild). Von der Kloake einst ist der Rhein zu einem Fluss geworden, in dem Fische sich wieder wohl fühlen und der Mensch baden könnte, wenn es wegen der Strömung und dem Schiffsverkehr nicht zu gefährlich wäre. (Seiten 11 bis 13).

Foto: Schälte

Wort und Widerwort:

Wie lässt sich die Qualität des Unterrichts überprüfen?

Tests haben gezeigt: Am deutschen Schulwesen muss einiges geändert werden, wenn wir im internationalen Bildungsvergleich wieder in Spitzenpositionen zurückkehren wollen. Der Schritt von der Diagnose zur Therapie ist mühsam. Dabei spielt die Qualität des Unterrichts eine entscheidende Rolle. Einheitliche Bildungsstandards, Kernlehrpläne und Lehrstandserhebungen sind geeignete Instrumente, um Qualität zu entwickeln und Ergebnisse vergleichbar zu machen. Welche Folgerungen daraus für die Schulen des Landes zu ziehen sind, darüber sind die Fraktionen geteilter Meinung (Seite 8).

Umweltschutz lohnt sich –
der Rhein ist sauberer geworden



Inhalt

Inhalt/Editorial	2	
Mausclick zum Sachbearbeiter	3	
<i>Verwaltungsabläufe stärker per Internet abwickeln</i>		
Planungssicherheit für die Industrie	4	
Festakt im Landtag	4	
Ziel: Modernes Dienstrecht	5	
Koalition will Schulanfänger frühzeitig fördern	6	
Pakt für die Jugend	7	
Wort und Widerwort	8	
Mix aus Kohle und erneuerbarer Energie	9	
<i>Engagierte Debatte über Konzepte</i>		
Höher als der Kölner Dom	10	
<i>Union will anderes Vorgehen bei großen Windanlagen</i>		
Von der Kloake zum Trinkwasserlieferanten	11	
<i>Lachse kehren in Rhein zurück</i>		
„EU-Umweltstandards eins zu eins umsetzen“	12/13	
<i>Interviews mit den umweltpolitischen Sprechern der Fraktionen</i>		
Rot-Grün will Entscheidung vor der Sommerpause	14	
Nachtragshaushalt 2004	14	
Vier Fraktionen und drei Gesetze	15	
In Bratislava	15	
Modernisierung des Bildungswesens	16	
Herausragende Verdienste	16	
Im Umbau liegen auch Chancen	17	
Gütlicher Vergleich oder „fauler Kompromiss“?	17	
Aktuelles aus den Ausschüssen	18	
Verwirrtheit im Alter	19	
Erfolg an Hochschulen	19	
Neues Kfz-Zulassungsverfahren für NRW?	20	
<i>Experten uneins über mögliche Aufgabenverteilung</i>		
Ruhrfestspiele: Gespräche gehen weiter	20	
„Auch in der Opposition vieles bewirkt“	21	
Aus den Fraktionen	22	
Porträt der Woche: Barbara Steffens (GRÜNE)	23	
Gegnerischer Spielrausch		
Geburtstage und Personalien	24	

Fortschritte beim Schutz der Umwelt

„Tue Gutes und rede darüber.“ Dieses Motto, nach dem sich der amerikanische Milliardär John D. Rockefeller zeit seines Lebens gerichtet hat, klingt anrühlich, weil unbescheiden: Denn Gutes tut man am besten im Verborgenen. Der Alltag sieht aber oftmals anders aus. Wer für einen mildtätigen Zweck spendet, will für die Steuererklärung eine Spendenbescheinigung, aus der die Wohltat auf Euro und Cent hervorgeht.

Auch in der Politik ist Bescheidenheit eine Zier, aber wie heißt es ebenso schön wie richtig: „Doch weiter kommt man ohne ihr.“ Muss man auch, denn in der Politik wird mit dem Geld des Steuerzahlers gearbeitet. Der hat ein Recht darauf zu erfahren, was mit seinen Abgaben geschieht, in welche Projekte der Bildung, des Arbeitsmarktes, der Verkehrsinfrastruktur, der inneren Sicherheit von der öffentlichen Hand investiert wird.

Oder in den Umweltschutz. Unumstritten ist die Pflicht, den nachwachsenden Generationen eine Welt zu hinterlassen, in der es sich leben lässt. Nachhaltigkeit lautet das Stichwort, das Aktivitäten zum Schutz von Boden, Luft und Wasser ausgelöst hat – und darüber hinaus: So wird heute Nachhaltigkeit auch für das Finanzgebaren der öffentlichen Hand verlangt.

VERFASSUNGSRANG

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist seit fast 20 Jahren in der Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen verankert. Damit ist dieses Grundrecht Richtschnur des politischen Handelns des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände, wie es die Verfassung ausdrücklich bestimmt.

Mit Milliardenaufwand wurde in den letzten Jahrzehnten die Abfallbeseitigung verbessert, die Gewässerqualität angehoben, die Abgasreinigung vorangetrieben. Wir alle trennen unseren Müll, zahlen gutes Geld für die Abwasserbeseitigung und fahren, wenn wir nicht das Fahrrad benutzen, Autos mit Katalysatoren. Wir haben viel erreicht, also reden wir darüber.

Verschweigen wir nicht: Umweltschutz kostet. Moralische Verpflichtungen sind in der Regel nicht einklagbar. Aber moralisch lässt sich nichts dagegen einwenden, dass derjenige, der die Umwelt schont, dafür belohnt wird – siehe Emissionshandel. Gutes tun, darüber reden und etwas davon haben – wenn „Moral“ und Markt an einem Strick ziehen, dann lässt sich viel erreichen. **J.K.**

Mausklick zum Sachbearbeiter

Verwaltungsabläufe stärker per Internet abwickeln

Die Bürger und die Wirtschaft bedienen sich des Internets und versenden E-Mails. Auch eine auf Dienstleistungen ausgerichtete Verwaltung soll verstärkt dieses Potential nutzen, das im elektronischen Austausch auf der Basis moderner Informations- und Kommunikationstechnologie liegt. Eine solche Verwaltung gehöre zu den Rahmenbedingungen für sozialen Fortschritt und wirtschaftlichen Erfolg, steht im gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen „In NRW Potentiale des e-Government verstärkt nutzen“ (Drs. 13/5681), den der Landtag am 14. Juli beraten und einstimmig angenommen hat.

Marc Jan Eumann (SPD) sah in e-Government den Schlüssel für Innovation und Wachstum sowie zu einer Modernisierungsstrategie für Entbürokratisierung und Selbstverantwortung. Gemeinsam hätten die Fraktionen das Ziel, aus dem bislang eher technischen ein politisches und innovatives Thema zu machen. In NRW benötige man eine Gesamtstrategie, forderte Eumann, mehr Koordination und Kooperation – auch seitens der Landesregierung: „Wir brauchen einen Entwicklungsplan, der jede Verwaltungsebene einbezieht und dabei natürlich auf die Bedürfnisse und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger abstellt.“ Wenn dann noch NRW als erstes Bundesland dem „Bündnis für elektronische Signaturen“ beitrete, dann nehme man die Schrittmacherrolle für die Republik ein. Aufgrund der regelmäßigen Berichte der Landesregierung sollte es zudem möglich sein, von der Auswertung der einzelnen Projekte rasch zur Umsetzung zu gelangen.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) urteilte, „dass eine konsequente Umsetzung von e-Government einem Großprojekt wie der Autobahn-Maut in nichts nachsteht“ – wenn man auch nicht hoffe, dass es genauso wie die Maut ausgeht. Auch er riet dringend zu einer Gesamtstrategie. Es gehe darum, „traditionelle Verwaltungsverfahren aufzubrechen und alle Ressorts und deren Unterbaue darauf einzuschwören“. Erst mit der elektronischen Unterschrift würden vollständige Transaktionen über den Computer e-Government ermöglichen. Jeder Bürger könnte einen PIN-Code erhalten, mit dem bereits ein großer Teil von Verwaltungsangelegenheiten abzuwickeln wäre. Den Kommunen komme eine wichtige Rolle zu; die Rathäuser sollten der Errichtung von Internetportalen Priorität ein-

räumen. Das Land solle seine Kapazität auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen konzentrieren.

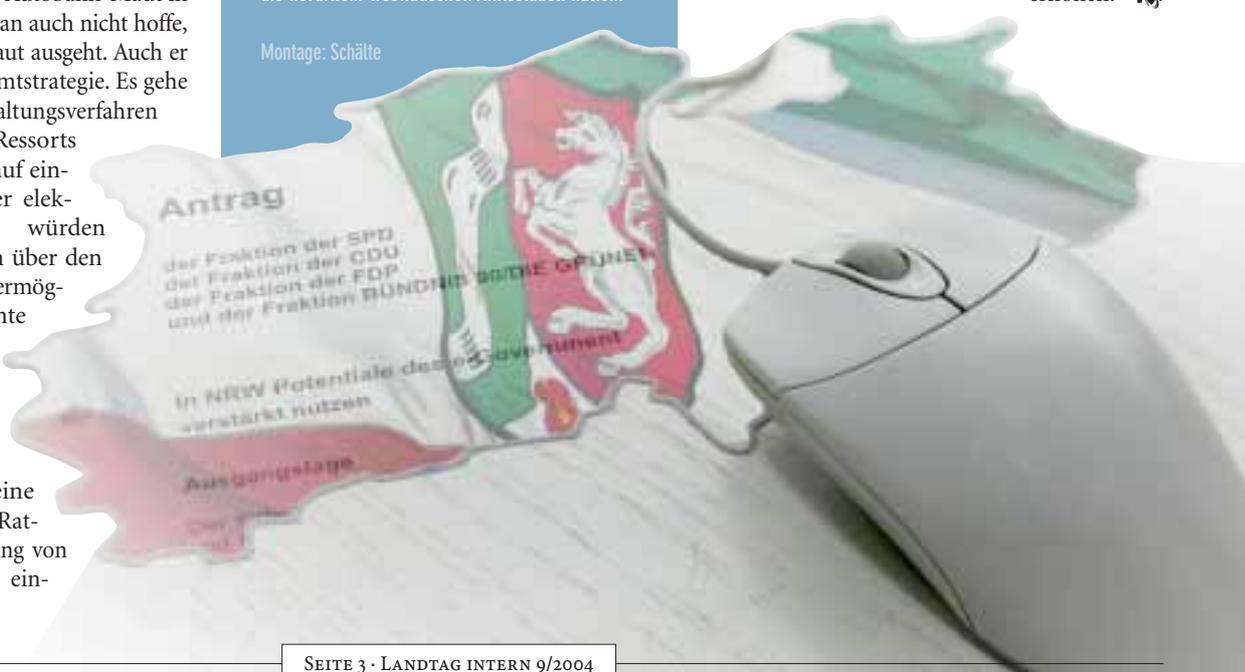
Karl Peter Brendel (FDP) regte an, die Vorstellungen von einer Steigerung der Servicequalität und Wirtschaftlichkeit der Verwaltungsarbeit müssten darauf abzielen, „komplette Geschäftsvorgänge zwischen Bürgern und Verwaltung über das Internet abzuwickeln“. Die Bestellung eines Wunschkennzeichens fürs Auto oder die Möglichkeit, Formulare herunter zu laden, die dann per Hand auszufüllen und zur Behörde zu tragen sind, das sei nicht genug. Brendel hielt nichts davon, der elektronischen Unterschrift in der Debatte über Sicherheit zu viel Gewicht einzuräumen, zumindest im Vorstadium könnten Verfahren wie PIN oder TAN eingesetzt werden.

Flächendeckend – die Technik der modernen Kommunikationsmedien soll verstärkt Einzug in die nordrhein-westfälischen Amtsstuben halten.

Montage: Schälte

Oliver Keymis (GRÜNE) machte darauf aufmerksam, dass für das Funktionieren von e-Government und – das sagte der Redner wörtlich – „e-Demokratie“ Medienkompetenz erforderlich sei. Die Menschen müssten also in der Lage sein, mit dem neuen Angebot umzugehen. Schließlich erwarteten sie auf diese Weise auch eine größere Teilhabe am politischen Leben; das hätten Umfragen in vielen Ländern ergeben. Die Gesellschaft dürfe sich nicht in Nutzer und Nicht-Nutzer aufspalten, in Deutschland seien schon 53 Prozent der Menschen „online“ – das sei eine ganze Menge und zeige, dass man sich auf einem guten Weg befinde.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) rechnete vor, inzwischen habe der Veränderungsprozess innerhalb der Landesverwaltung fast alle 110.000 Arbeitsplätze erreicht. Erhebliche Fortschritte seien in den letzten Jahren erreicht worden, fuhr der Minister fort, in Deutschland und international stehe man gut da. Was die Zusammenarbeit mit den Kommunen angehe, so wolle man im Rahmen einer Vereinbarung zur Zusammenarbeit gemeinsame Ziele und Vorhaben verbindlicher als bisher festlegen: „So sollen die verschiedenen Portale von Bund, Land und Kommunen mit miteinander verknüpft, rechtsverbindliche und sichere Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen und eine flächendeckende Vernetzung des Landes mit den Kommunen erreicht werden.“ Der Erfolg hänge letzten Endes davon ab, die bisher geringe Verbreitung der elektronischen Signatur in der Bevölkerung wesentlich zu erhöhen. 🖱️



Festakt im Landtag: In der Wandelhalle des Parlaments

beging der Kolpingwerk Landesverband Nordrhein-Westfalen sein 50-jähriges Bestehen. An dieser Stelle an den Zusammenschluss der fünf Kolpingwerk-

Diözesanverbände zu erinnern, sei eine ausgezeichnete

Idee, erklärte Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) und lobte

die Arbeit des Verbands mit seinen 100.000 Mitgliedern und 8.000

ehrenamtlichen Leitungskräften in den Bereichen Bildungspolitik, Sozial-

politik und Jugendpolitik. Mit auf dem Bild: Vorsitzender

Karl Schiewering (r.) und Dr. Peter Schallenberg (l.),

Direktor der St. Klemens-Kommende Dortmund.

Foto: Schälte



Planungssicherheit für die Industrie

Nationaler Allokationsplan im Landtag

Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und der Europäischen Union hat die EU-Kommission am 7. Juli den deutschen Plan für die Zuteilung von CO₂-Emissionsrechten genehmigt. Dieser Plan legt für rund 3.000 deutsche Industrieanlagen eine Höchstgrenze der erlaubten Luftverschmutzung durch das klimaschädliche Treibhausgas Kohlendioxid (CO₂) fest. Über die Auswirkungen dieses Allokationsplans auf die nordrhein-westfälische Industrie und Energiewirtschaft debattierte der Landtag am 15. Juli im Rahmen einer von den Koalitionsfraktionen beantragten Aktuellen Stunde.

Werner Bischoff (SPD) fand, der von der EU-Kommission genehmigte Zuteilungsplan für CO₂-Emissionsrechte sei „ein voller Erfolg und eine inhaltliche und politische Bestätigung der rot-grünen Energie- und Klimapolitik“. Die von den Oppositionsfraktionen zelebrierten „düsteren Prognosen“ hinsichtlich der Gefahren für den Wirtschaftsstandort NRW seien allesamt nicht eingetreten. Hingegen sei es ein „sehr erfreulicher Umstand“, dass sich die Minderungsziele in Deutschland mit den freiwilligen Selbstverpflichtungen der Industrie deckten. Daher könne keine Rede von einer Überforderung der deutschen Industrie sein. Er bedankte sich beim Energieminister und seinem Team, „die es verstanden haben, die spezifischen NRW-Interessen als Industrie- und Energieland Nr. 1 so fair, so kompetent und mit Erfolg in die nationale Diskussion einzubringen“.

Reiner Priggen (GRÜNE) sprach von einer „ganz komplizierten Aufgabe“, in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation ein neues Instrument wie den Emissionshandel einzuführen und in praktisches Handeln umzusetzen. Aufgrund

seiner hohen industriellen Fertigung befinde sich NRW dabei in einer besonderen Ausgangslage. Vor diesem Hintergrund zeigte er sich erfreut über die positiven Reaktionen aus Brüssel: „Es wird anerkannt, was hier geleistet worden ist.“ Die vorausgegangenen zähen Verhandlungen hätten schließlich zu einem Ergebnis geführt, was Deutschland europaweit als das Land erscheinen lässt, das „die Emissionsziele erreichen kann und tatsächlich seine Ziele umsetzt“. Viele Energieunternehmen in NRW hätten bereits darauf reagiert, indem sie veraltete Anlagen modernisierten oder durch Neuanlagen ersetzen.

Christian Weisbrich (CDU) begrüßte die Genehmigung des nationalen Allokationsplans. Er bedeute Planungssicherheit für die Kraftwerkswirtschaft und die vielen energieintensiven Betriebe im Lande. Rot-Grün warf er vor: „Mit einem Erfolg Ihrer Regierungsarbeit hat die Brüsseler Genehmigung nicht das Allermindeste zu tun.“ Ähnlich wie seinerzeit der Bundeswirtschaftsminister und der Bundesumweltminister sei auch die NRW-Koalition beim Thema Emissionshandel „heillos“ zerstritten gewesen. „Der

Freudentanz, den Sie heute mit ihrem Koalitionspartner zusammen aufführen, ist wirklich pure Heuchelei.“ Die Koalition stelle es nun so dar, als habe sie die Planungsgenehmigungen gegen „die böse Opposition erkämpfen müssen“. Stattdessen habe die CDU immer an der Seite der Unternehmen und der Beschäftigten gestanden.

Holger Ellerbrock (FDP) zeigte sich überrascht von dem einmütigen Auftreten der Koalition. Bei der Diskussion um das Treibhausemissionshandelsgesetz sei deutlich geworden, dass die Standpunkte bei SPD und GRÜNE viel weiter auseinander lagen als bei CDU, SPD und FDP. Der Berliner Koalition warf er vor, sie habe „Management by Chaos“ betrieben. Hier seien politische Managementfehler begangen worden, „die Vertrauen in die Politik und in die Problemlösungskompetenz der Politik gekostet haben“. Ehemals sei das Treibhausemissionshandelsgesetz als dezentrales, staatsfernes und marktwirtschaftliches Steuerungsinstrument gedacht gewesen. Herausgekommen sei ein „bürokratisches Monster“. Das bedeute keine Planungssicherheit für die Wirtschaft in NRW. „Es besteht für mich überhaupt kein Anlass zu einer Selbstbeweihräucherung von Rot-Grün.“

Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) resümierte: „Das ist eine Stunde, in der das Parlament mit Entspannung zur Kenntnis nehmen kann, dass eine gute Entscheidung für die NRW-Wirtschaft, für die Arbeitsplätze in unserem Land getroffen worden ist.“ Ziel sei es gewesen, wirkungsvolle Anreize für realistische und den Klimaschutz verbessernde Investitionen in der nordrhein-westfälischen Industrie und in der Energiewirtschaft zu schaffen. Mit dem von der EU-Kommission genehmigten Plan für die Zuteilung von Emissionsberechtigungen sei es gelungen, eine tragfähige Lösung für den Wirtschaftsstandort NRW zu erreichen. 

Ziel: Modernes Dienstrecht

„Berufsbeamtentum soll nicht abgeschafft werden“

Die Diskussion um die Zukunft des öffentlichen Dienstes ist in den letzten Monaten zunehmend in den Blick der Öffentlichkeit geraten. Neu ist das Thema jedoch nicht. Im Koalitionsvertrag von SPD und GRÜNE aus dem Jahr 2000 ist das Ziel einer Verwaltungsreform, eines modernen Dienstrechts und eines Tarifrechts formuliert. Bereits im Januar 2003 legte die „Bull-Kommission“ der Landesregierung ihren Bericht mit dem Titel „Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“ vor. Jüngst hat Ministerpräsident Steinbrück (SPD) mit einer Kabinettsvorlage einen erneuten Anstoß für die Einführung eines einheitlichen Dienstrechts unternommen. NRW prüft derzeit eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes und die Föderalismuskommission hat die Überprüfung der hergebrachten Grundsätze des Beamtentums beschlossen. Vor diesem Hintergrund hat die CDU-Fraktion Mitte Juli eine Aktuelle Stunde mit dem Titel beantragt „Klarheit schaffen – Verunsicherung des öffentlichen Dienstes in NRW beenden“.

Fotos: Schälte

Helmut Stahl (CDU) warf Steinbrück vor, er strebe die Abschaffung des Beamtentums an und betreibe puren Populismus. Rund 70 Prozent der Bediensteten des Landes seien Beamtinnen und Beamte, die sich als Spielball der geführten Diskussion fühlten. Das Vertrauen der Beschäftigten sei damit verspielt. „Natürlich besteht an den Kanten der Laufbahnordnung und in den verkrusteten Besoldungsstrukturen Reformbedarf. Das zu ändern ist möglich, aber deshalb muss man das Berufsbeamtentum nicht aufgeben.“ Ein einheitliches Dienstrecht taue nichts, denn das Beamtentum sei viel komplexer als beispielsweise der Bundesangestellten-tarif, so Stahl.

Frank Baranowski (SPD) erklärte, das Thema gebe eigentlich keinen Anlass zu einer Aktuellen Stunde. Dass der öffentliche Dienst leistungsfähig und leistungsbereit sei, dass man eine Notwendigkeit zur Vereinheitlichung des Dienstrechts sehe und dass das herkömmliche Beamtentum ein überholtes obrigkeitliches Verständnis vom Verhältnis des

Staates zu seinen Beschäftigten darstelle, sei nichts Neues.

Der CDU warf der Sprecher vor, das Thema hochzuspielen, um von sich selber abzulenken.

Andere CDU Politiker stellten sich der Diskussion.

Baranowski betonte: „Die vorhandenen Beschäftigten

verlieren nichts dabei, sondern sie gewinnen neue Optionen hinzu.“

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender,

warf der Regierung vor, Unprofessionalität sei der Maßstab des Handelns. Sie habe ihr Versprechen, ein neues Dienstrecht, neue Leistungsanreize und neue Versorgungssysteme zu schaffen, nicht erfüllt. Die FDP wolle „in der Tat eine Reform des öffentlichen Dienstrechts“, ein Dienstleistungsunternehmen für die Bürgerinnen und Bürger und eine flexible und leistungsgerechte Besoldung, so der liberale Fraktionschef. In Sachen Verbeamtung wolle man jedoch eine Reduktion auf hoheitliche Tätigkeiten: „Das heißt, Lehrer müssen nicht zwingend Beamte sein. Aber die Frage ist, ob wir die Lage verbessern, wenn wir sie zu öffentlichen Angestellten

machen.“

Wolf resümierte: „Fehlanzeige bei Reformschritten in Nordrhein-Westfalen.“

Monika Düker (GRÜNE)

stellte die Frage, warum sich die Unionsländer nicht an der Gestaltung eines gerechten, flexiblen, leistungsfähigen und zukunftstauglichen öffentlichen Dienstes im Bundesrat und in der Föderalismuskommission beteiligten. Mehr Gerechtigkeit im öffentlichen Dienst sei nur durch das Ende eines zweigeteilten Dienstrechts zu erreichen. „Das Versorgungssystem der Beamten ist nicht durch Sparen, sondern nur durch einen vernünftigen Umbau zu retten.“ Düker unterstrich, die Landesregierung habe auf allen Ebenen die Unterstützung ihrer Fraktion.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) stellte klar: „Es geht um ein modernes Dienstrecht, das flexibel und attraktiv ist und den zukünftigen Herausforderungen entspricht.“ Mit einer Abschaffung des Berufsbeamtentums habe dies nichts zu tun. Aktuell seien die derzeit Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von einer Änderung des Dienstrechts nicht betroffen, so der Ministerpräsident. Ziel sei ein einheitliches Dienstrecht für alle neu einzustellenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. „Nordrhein-Westfalen ist hier Reformmotor.“ Doch die NRW-CDU spiele dabei keine Rolle. Steinbrück unterstrich: „Die CDU- und CSU-Regierungschefs in den Ländern sind viel weiter als die NRW-CDU. Sie sind ehrlicher, sie sind mutiger.“



Helmut Stahl (CDU)

Frank Baranowski (SPD)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Monika Düker (GRÜNE)

Opposition: Erst Konzept vorlegen!

Koalition will Schulanfänger frühzeitig fördern

FDP und CDU haben Anträge vorgelegt, in denen sie die von den Regierungsparteien geplante Auflösung der Schulkindergärten, im Zusammenhang mit der Einführung der neuen Schuleingangsphase als Irrweg bezeichnen und zugleich SPD und GRÜNEN vorwerfen, sie betrieben auf dem Rücken der Betroffenen eine Reform ohne Konzept. Die Liberalen fordern bessere Rahmenbedingungen (Drs. 13/5626). Die Union verlangt in ihrem Antrag (Drs. 13/5675), die Schuleingangsphase auszusetzen. Beide Anträge erörterte der Landtag am 15. Juli und überwies sie in die abschließende Beratung im federführenden Schulausschuss.

Ralf Witzel (FDP) sagte voraus, das rot-grüne Modell sei wegen mangelnder Ressourcen zum Scheitern verurteilt. Seine Fraktion wende sich klar gegen die Zwangsschließung der Schulkindergärten. Sie würden abgeschafft ohne dass vorher ein klares Konzept vorgelegt werde, – wo bleibe da die Hilfe für die mehr als 12.000 entwicklungsverzögerten Kinder im Land? Witzel: „Wir wollen, dass die Leidtragenden nicht die Kinder mit ihren Schwächen sind.“ Sie bräuchten fachlich versiertes Personal und keine „Billiglösungen“. Die Entscheidung vor Ort müsse den Schulträgern bleiben; die Betroffenen seien auf ihre Aufgaben vorzubereiten.

Bernhard Recker (CDU) wehrte sich auch gegen die Abschaffung der Schulkindergärten und verlangte ebenso wie sein Vorredner: „Wir brauchen zuerst überzeugende Konzepte und dann Überlegungen zur Integration oder Abschaffung der Schulkindergartens. Der umgekehrte Weg macht keinen Sinn.“ Recker beklagte den massiven Druck, der zur Einführung des rot-grünen Modells ausgeübt werde. Ohne solide Vorbereitung und Ausbildung der Lehrer, ohne angemessene Förderkonzepte werde die Reform ohne Erfolg bleiben, sagte er voraus. Erfolg gebe es erst,

wenn im Dialog mit den Betroffenen ein Konsens erreicht sei.

Marlies Stotz (SPD) warf der Opposition vor, sie schüre bewusst die Unruhe im Land. Mit dem Start der flexiblen Schuleingangsphase und der Überführung der Schulkindergärten in die Grundschulen sei keineswegs das Ende der Förderung des einzelnen Schülers erreicht. Es stimme auch nicht, wenn immer wieder behauptet werde, es fehle an einem pädagogischen Konzept, an den Ressourcen und an der entsprechenden Fortbildung der Lehrerschaft. Die Abgeordnete betonte: „Unsere Zielsetzung heißt Integrieren statt Aussortieren.“ Unsicherheit sei zu Beginn einer Reform etwas Normales. Aber wenn die Opposition Widerstand aufbaue, um so sinnvolle Konzepte zu erschweren, „dann zielen Sie nicht auf die Landesregierung, sondern treffen unsere Kinder“.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, betonte, auch in finanziell schwierigen Zeiten müssten die Weichen richtig gestellt werden. Das heiße: „Weg von der Selektion. Unsere Schulen müssen kindfähig werden und nicht die Kinder schulfähig.“ Das Prinzip der Rückstellung in den Schulkindergarten funktioniere wie das

Neue Schuleingangsphase

Ziel ist, alle schulpflichtigen Kinder eines Jahrgangs in die Grundschule aufzunehmen und sie dem Grad ihrer Schulfähigkeit entsprechend zu fördern. Die früher üblichen Zurückstellungen werden auf ein Mindestmaß begrenzt und nur noch bei erheblichen gesundheitlichen Bedenken vorgenommen. Die bisherigen Schulkindergärten werden in die Grundschule integriert. Die sozialpädagogischen Fachkräfte der Schulkindergärten arbeiten nicht mehr für eine besondere Gruppe, sondern im Team mit den Grundschullehrkräften zusammen. Die Schülerinnen und Schüler in der Schuleingangsphase werden in der Regel jahrgangsübergreifend in Gruppen unterrichtet. Eine Schule kann mit Zustimmung der Schulkonferenz eine andere Organisationsform wählen. Die Verweildauer in der Schuleingangsphase beträgt ein bis drei Jahre.

Beginn ist das Schuljahr 2005/2006. Die Einführung erfolgt flächendeckend bei allen rund 3.500 Grundschulen des Landes.

Prinzip Sonderschule für Lernbehinderte nämlich nicht. Die Veränderung bringe auch Ängste mit sich. Aber Einsatz und Engagement lohnten sich nicht nur für die Kinder, sondern auch für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Arbeit in den Schulen.

Schulministerin Ute Schäfer (SPD) wies den Vorwurf des fehlenden Konzepts zurück: Das liege seit Mai 2003 vor. Auch fehle es nicht an Zeit zur Umsetzung, wenn zum 1. August nächsten Jahres erstmals die ehemals zurückgestellten Kinder in die Jahrgangsstufe 1 aufgenommen werden. In NRW arbeiteten schon 150 Schulen nach dem Modell, keine sei dazu gezwungen worden: „Die dort gemachten Erfahrungen sind so ermutigend, dass wir diesen Weg weiter beschreiten wollen.“ Sie sei da sehr optimistisch, schloss die Schulministerin. 🗣️



Befragung fortgesetzt - nachdem Ruth Susallek (Foto), Leitende Ministerialrätin des Landesrechnungshofs NRW, bereits vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Landtags ausgesagt hatte, konnte nun die Befragung dieser Zeugin abgeschlossen werden. Thema der Vernehmung waren die Prüfungsansätze des LRH bei der Prüfung der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung NRW (GfW). Im Zentrum stand auch die mittlerweile geschlossene Auslandsvertretung des Landes in Israel. Hierzu wurde der Zeuge Michael Wilhelm Kolmar vernommen. Befragt wurde zudem der Wirtschaftsprüfer Hans-Willi Höckels, der den GfW-Jahresabschlussbericht 1997 geprüft hatte. Weitere Wirtschaftsprüfer zu den Prüfungen der späteren GfW-Jahresberichte hat der PUA in jüngster Zeit als Zeugen befragt.
Foto: Schälte

Pakt für die Jugend

NRW-Konsens als Modell für Deutschland

Nach der Schulzeit einen Ausbildungsplatz zu finden wird für viele junge Menschen zunehmend schwieriger. Gründe dafür sind zu wenig Ausbildungsangebote, aber auch fehlende Kenntnisse bei Schulabgängern. Die Politik bemüht sich diesen Entwicklungen entgegenzusteuern. Im Juni wurde der nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs geschlossen und der Ausbildungskonsens NRW vereinbart. Auf Antrag der SPD-Fraktion fand Anfang Juli unter dem Titel „Nationaler Pakt für Ausbildung: NRW-Ausbildungskonsens als Erfolgsmodell für Deutschland“ eine Aktuelle Stunde statt.

Horst-Dieter Vöge (SPD) betonte, dass beim Thema Ausbildung „für NRW eine freiwillige Lösung wichtig ist“. NRW dürfe per Gesetz nicht zur Zahlung von Ausbildungskräften in anderen Bundesländern verpflichtet werden; das Land habe eigene Sorgen. Wichtig sei beim Ausbildungskonsens, Unterrichtsinhalte stärker an die Anforderungen der Arbeitswelt anzulehnen, Schlüsselqualifikationen wie Teamarbeit und Problemlösungskompetenz weiter zu fördern und Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und die Qualität der Arbeit nicht zu vernachlässigen. Besonders für junge Menschen mit Migrationshintergrund müsse auch der Sprachunterricht verstärkt werden. Vöge forderte die Landesregierung auf, alle bei ihr möglichen Ausbildungsstellen auch zur Verfügung zu stellen.

und seien ins Nichts gefallen, so Henke. Vor diesem Hintergrund sei nicht verständlich, „warum das Projekt „Betrieb und Träger“ ersatzlos gestrichen wurde“ und das Programm „Jugend in Arbeit plus“ zum Ende des Jahres abgebrochen werde.

Ralf Witzel (FDP) resümierte: Der Ausbildungspakt und der Ausbildungskonsens seien Instrumentarien zur Verhinderung der Ausbildungsplatzabgabe. Die Debatte über die Abgabe habe für große Verunsicherung in den Betrieben gesorgt, dafür trage auch die Landesregierung Verantwortung. Über 50.000 junge Menschen in NRW stünden perspektivlos und mit Sorgen auf der

bildungspakt und bedauerte, dass es kein Sicherungsnetz gebe, „das erst dann in Kraft tritt, wenn ein Pakt nicht erfolgreich ist“. Die Wirtschaft würde unter Druck zwar vieles versprechen, aber noch lange nicht alles halten, so Steffens. Der Pakt würde wegfallende Stellen kompensieren, es müssten aber zusätzliche Ausbildungsstellen geschaffen werden. Vor allem große Unternehmen betrieben aus Profitorientierung Ausbildungsplatzabbau. Sie könnten ausbilden, wollten es aber nicht, so die Sprecherin. Von der CDU forderte Steffens:



Rudolf Henke (CDU)

Horst-Dieter Vöge (SPD)

Ralf Witzel (FDP)

Harald Schartau (SPD)

Barbara Steffens (GRÜNE)

„Legen sie Konzepte auf den Tisch.“

Rudolf Henke (CDU) fand, dass trotz des Ausbildungskonsens in NRW niemandem zum Feiern zumute sein könne; dafür nannte er konkrete Zahlen: 7.060 junge Menschen waren im September 2003 ohne Ausbildungsplatz gemeldet, von denen gerade einmal 1.006 einen Ausbildungsplatz gefunden haben. Letztlich hätten 2.370 Bewerber weder eine Stelle noch eine sonstige Maßnahme gefunden

Straße. „Die jungen Leute erwarten von der Politik Lösungen und tragfähige Konzepte.“ Eine Weiterentwicklung des Ausbildungskonsens sei unbedingt nötig und vor allem ein Neubeginn in der Ausbildungspolitik des Landes. „Wenn die SPD hier umdenkt, sind wir bereit, alle vernünftigen Reformvorhaben mitzumachen“, so Witzel.

Barbara Steffens (GRÜNE) äußerte sich skeptisch gegenüber dem nationalen Aus-

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) nannte geplante Projekte des Ausbildungskonsens NRW: Kompetenzcheck für etwa 45.000 noch unvermittelte Bewerber, Pilotprojekt in IHK-Bezirken, um Jugendlichen frühzeitig einen Einblick in die Arbeitswelt zu ermöglichen, die Stellen von Ausbildungsplatzwerbern zu erhöhen, Ausbildungsplätze durch Kooperationen zu gewinnen und Kleinstbetrieben dabei Hilfe anzubieten, sowie Schulen in NRW einen Partner aus der Wirtschaft an die Seite zu stellen. Auch die Landesregierung werde das Ausbildungsniveau anheben, so Schartau. „Die Werbung um weitere Ausbildungsplätze wird die nächsten Wochen bestimmen. Ich kann nur alle Mitglieder des Landtags bitten, in dieser Frage kooperativ mitzuarbeiten.“

VON MANFRED DEGEN (SPD)

Die wenig schmeichelhaften Ergebnisse der internationalen Vergleichsuntersuchungen von Schülerleistungen bei TIMSS, PISA und IGLU haben jetzt auch in Deutschland zu der Erkenntnis geführt, dass Leistungserwartungen verbindlich festgelegt und die erreichten Ergebnisse systematisch überprüft werden müssen. Inzwischen wurde von der Kultusministerkonferenz die Entwicklung von Bildungsstandards, Kernlehrplänen und Lernstandserhebungen vereinbart. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat auf Antrag der Regierungskoalition diese Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und Qualitätskontrolle, verbunden mit der Verpflichtung zum Aufbau eines Unterstützungssystems für die Schulen, beschlossen. Im Mittelpunkt aller Bemühungen steht dabei die Verbesserung der Unterrichtsqualität.

Bisher wurde die Qualität des Unterrichts – wenn überhaupt – anhand der Ergebnisse wahrgenommen, die als Schülerleistungen zensiert wurden. Zukünftig werden systematische Lernerfolgsüberprüfungen dazu führen, dass einerseits zusätzlicher Lern- und Förderbedarf von einzelnen Schülerinnen und Schülern ermittelt wird, und andererseits auch Rückschlüsse auf die Qualität des von Lehrern erteilten Unterrichts ermöglicht werden.

Durch diese interne Evaluation werden das System Schule und alle am Lernprozess Beteiligten auf den Prüfstand gestellt. Die Vergleichbarkeit der erreichten Leistungen wird außerdem durch ein System externer Überprüfungen durch so genannte Schulinspektionen wahrgenommen.



VON BERNHARD RECKER (CDU)

Jahrelang hat Rot-Grün diese Forderung der CDU abgelehnt. Lange nach PISA beginnt in NRW eine Diskussion über Qualität – andere Länder haben sie schon lange verwirklicht. Bildungsexperten bestätigen, dass die Unterrichtsqualität ausschlaggebend für das Abschneiden bei Vergleichsstudien ist. Flächendeckend integrierte Schulsysteme zu errichten, wie es grüner Wunschtraum ist, wird bei gleich bleibender Unterrichtsqualität zur Bildungskatastrophe führen. Als Antwort hilft nur ein klarer Maßnahmenkatalog: schulformbezogene Lehrerbildung mit mehr Praxisanteilen und verstärkter Ausbildung der Diagnosekompetenz, mehr Unterricht durch Ausweitung der Stundentafel, Lernstandserhebungen in den Klassen 3, 7 und 9, schulformbezogene Bildungsstandards, zentrale Abschlussprüfungen und ein funktionierendes Qualitätsmanagement durch interne und externe Erfolgskontrolle. Wir brauchen ein unabhängiges Institut für Qualitätsentwicklung und -management. Wer auf die Idee kommt, die Soester Bildungs-ideologen mit der Weiterentwicklung der nordrhein-westfälischen Schulqualität zu betrauen, hat PISA immer noch nicht verstanden. Landesvorgaben dürfen nicht durch Landesinstitute überprüft werden. Das alleinige Untersuchen nützt aber den Betroffenen nichts, wenn nicht entsprechende Mittel zur Förderung zur Verfügung gestellt werden – hier versagt die Landesregierung komplett.



VON RALF WITZEL (FDP)

Grundsätzlich gilt: Nur mit hochwertigem Unterricht können die Bildungsziele erreicht werden. Er steigert die Lernmotivation, stärkt die Disziplin und senkt die Abwesenheitsrate. Die Qualität des Unterrichts ist die entscheidende Voraussetzung für die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen. Deshalb müssen sich Lehrer und Schüler daran messen lassen, welchen Beitrag sie leisten, um zu optimalen Unterrichtsergebnissen zu kommen.

Dafür sind aus Sicht der FDP klare und detaillierte Bildungsstandards (Wissen und Kompetenzen) notwendig. Die müssen jahrgangswise für jede Schulform festgelegt werden. Daran anschließen sollte sich eine systematische Überprüfung der Unterrichtsergebnisse über die gesamte schulische Laufbahn hinweg: von der Grundschule über den Wechsel auf die weiterführende Schule bis zur Erlangung der einzelnen Schulabschlussarten.

Die Objektivität im Überprüfungsverfahren kann gewährleistet werden, wenn landesweit einheitliche Prüfungsanforderungen festgelegt werden. Die Korrektur der Prüfungen muss anonym und schulextern erfolgen. Eine Betrachtung der erzielten Ergebnisse eines Schülers und einer Lerngruppe über einen längeren Zeitraum hinweg lässt solide Rückschlüsse auf die zugrunde liegende Unterrichtsqualität zu.



Wichtig ist es daher, dass Leistungsergebnisse von Klassen und Schulen regelmäßig im Rahmen eines Schulrankings anonymisiert veröffentlicht werden. Nur so entsteht der notwendige Ansporn, mit dem vorhandene Defizite abgestellt und die Unterrichtsqualität kontinuierlich verbessert werden können.

VON SYLVIA LÖHRMANN (GRÜNE)

Die Qualität des Unterrichts ist das A und O in unseren Schulen. Deshalb muss sich die Bildungspolitik immer an der Verbesserung der Unterrichtsqualität orientieren. Zurzeit befinden wir uns in einem Prozess der Umorientierung: weg von einer Steuerung über detaillierte Vorgaben in Lehrplänen und hin zu einer Steuerung, die sich am Ergebnis orientiert. Das heißt, die Schulen bekommen mehr Freiheit, um ihre Bildungsziele zu erreichen, das Ergebnis wird aber (teil-)zentral überprüft. Gute Schulen kann man nicht verordnen. Sie werden vor Ort gestaltet.

Erstmals werden in diesem Herbst Lernstandserhebungen in der vierten und in der neunten Klasse durchgeführt. Dies erfolgt an allen Schulen aller Schulformen gleichermaßen, weil es wichtig ist, einen realistischen Blick dafür zu bekommen, welche Kompetenzen wo und in welchem Umfang erworben wurden. Lernstandserhebungen sind als Diagnose-Instrumente angelegt. Sie geben Auskunft, welche Förderung die Schülerinnen und Schüler brauchen. Da sie die Ergebnisse der einzelnen Klassen vergleichbar machen – natürlich unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedingungen, unter denen Lehrerinnen und Lehrer arbeiten – geben sie auch Auskunft über die Unterrichtsqualität. Wichtig für gute Lernergebnisse sind aber auch Fragen des Schulklimas und der Schulkultur, die zur Zufriedenheit der Lernenden und Lehrenden beitragen. Auch hier gilt der Grundsatz: Wir müssen unsere Schulen zu Häusern des Lernens und Lebens weiterentwickeln.



REGIERUNGSERKLÄRUNG

Mix aus Kohle und erneuerbarer Energie

Engagierte Debatte über Konzepte



Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) bei der Regierungserklärung.

In einer Regierungserklärung zur Energiepolitik hat Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) der heimischen Kohle einen festen Platz im Energiemix der nächsten Jahrzehnte zugesichert und zugleich den Ausbau der erneuerbaren Energien angekündigt. Diese Haltung zur Rolle der Kohle bezeichnete der CDU-Oppositionsführer Rüttgers als „Realitätsverweigerung“.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) setzte sich für einen vernünftigen Energiemix ein, in dem der heimischen Kohle und den erneuerbaren Energien die Schlüsselrolle zukomme. Der Atomkraft erteilte der Regierungschef eine Absage. Die rot-grüne Landesregierung habe – im Unterschied zur Opposition – „ein realistisches, stimmiges Gesamtkonzept für ein zukunftsfähiges Energieland Nordrhein-Westfalen“. Die Union wolle die Steinkohlebeihilfen bis 2010 halbieren. Dann müssten zwei bis drei Schachtanlagen zusätzlich geschlossen werden; 20.000 bis 40.000 Arbeitsplätze gingen verloren. Steinbrück: Die Menschen in NRW wollten eine nachhaltige Energieerzeugung, die weder das Klima schädigt noch heutige und kommende Generationen mit dem Risiko der Atomenergie belastet. Schon heute müsse man sich darum kümmern, dass das Land im Jahr 2030 sicher, effizient und umweltgerecht mit der notwendigen Energie versorgt wird. „Das Energieland Nordrhein-Westfalen stellt sich dieser Herausforderung.“

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, konnte seinerseits bei den Koalitionsfraktionen kein geschlossenes Konzept erkennen: Bei diesem Thema

Konfusion.“ Die Folge sei, dass die Menschen in diesem Land die Hoffnung verlören. Die deutsche Industrie wolle kein neues Kernkraftwerk bauen, schon gar nicht in NRW. „Wir auch nicht“, sagte der Oppositionschef. Aber was sei das anderes als Kernenergienutzung, wenn, wie Rot-Grün vereinbart habe, die Kraftwerke noch 20 Jahre laufen sollen? Statt unredlicher Politik und Rechthaberei brauche NRW ein klares und verlässliches energiepolitisches Konzept. In NRW benötige man eine neue Politik, „dafür brauchen wir eine neue Regierung“.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, fand, es sei Aufgabe einer verantwortungsvollen Politik, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, „dass es bei uns genügend Energie zu konkurrenzfähigen, bezahlbaren Preisen gibt“. Moron weiter: „Die Regierungserklärung von Ministerpräsident Steinbrück wird dem Anspruch einer zukunftsorientierten, verlässlichen und seriösen Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen gerecht.“ Dem habe die CDU nichts Vergleichbares

und könne „ohne den Menschen die Wahrheit zu sagen, in den Hafen einlaufen“, dann werde seine Partei diese Tour vermasseln.

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, kritisierte die Höhe der Energiekosten im Land. Notwendig sei eine Energiepolitik mit Augenmaß und Sachverstand. Windkraft sei nicht in der Lage, Kraftwerkskapazität einzusparen. Die Subventionen dafür seien „ökonomischer Wahnsinn“. Windenergie vernichte nicht nur Arbeitsplätze und Steuergelder, sondern sei auch ein „gigantischer Öko-Schwindel“ und eine unzumutbare Beeinträchtigung der Menschen im Land. Das Geld für die Steinkohlesubventionierung könnte man an anderer Stelle sinnvoller einsetzen: für mehr Bildung, mehr Technologie und Wissenschaft. Mit dem „Subventionsirrsinn“ werde man jedenfalls bei nächster Gelegenheit Schluss machen.



Fotos: Schälte

Reiner Priggen (GRÜNE)

Reiner Priggen (GRÜNE)

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)

Edgar Moron (SPD)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

hätten sich in der Vergangenheit SPD und Grüne „wie die Kesselflicker gestritten“. Rüttgers: „Wenn es um Energiepolitik geht, dann herrscht bei Ihrer Landesregierung Chaos, Streit und

entgegen zu setzen. „Unsere Energiepolitik garantiert Energiesicherheit. Sie garantiert wettbewerbsfähige Energiepreise. Und sie garantiert größtmöglichen Schutz der Umwelt.“ Mit einer solchen Politik „werden in NRW die Lichter nicht ausgehen“, schloss Moron. Wenn die CDU glaube, sie habe Rückenwind

fand es „spannend“, angesichts der Entwicklung in China oder Indien gebe es für die von NRW-Firmen entwickelte hochmoderne Energietechnik weltweit Absatzchancen. Die Standorte für Steinkohlekraftwerke in NRW seien zu sichern, wenn die Fernwärme ausgebaut würde, schlug Priggen vor und sprach sich dafür aus, die steigenden Preise für Kohle auf dem Weltmarkt dazu zu nutzen, die öffentlichen Steinkohle-Absatzhilfen zeitnah anzupassen. Priggen setzte sich vehement für Windkraft ein und verwies auf den hohen technischen Stand, den man im Land aufzuweisen habe.

Höher als der Kölner Dom

Union will anderes Vorgehen bei großen Windanlagen

Die CDU-Landtagsfraktion will den Wildwuchs bei der Ansiedlung von Windkraftanlagen beseitigen. In Zukunft soll es eine wirksame Steuerung raumbedeutsamer Anlagen durch die Regionalplanung geben, um der „Verspargelung“ der Landschaft Einhalt zu gebieten. Dieses Ziel verfolgt sie mit ihrem Entwurf zur Änderung des NRW-Landesplanungsgesetzes (Drs. 13/5606), das der Landtag Anfang des Monats nach erster Lesung einstimmig an den federführenden Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung überwiesen hat.

Hans Peter Lindlar (CDU) bezweifelte, ob es mit der Windkraft gelingen kann, herkömmliche Energie nennenswert zu ersetzen. Auf Kosten der Stromkunden werde sie dennoch gefördert – dies auch gegen die Überzeugung des Koalitionspartners SPD. Seine Fraktion schlage vor, um zu einer besseren Akzeptanz zu kommen, das baden-württembergische Verfahren zu übernehmen und die Anlage von Windkraftanlagen durch die Regionalplanung klären zu lassen. Jetzt jedenfalls gebe es nur Streit unter der Bevölkerung, und kleinere Gemeinden seien mit der Planungsaufgabe überfordert. Lindlar unterstrich, es gehe dabei nur um Anlagen, die über 100 Meter hoch sind; in Köln gebe es schon Planungen für ein 190 Meter hohes Windrad.

Klaus Strehl (SPD) fand, es bedürfe keiner Änderung des Landesplanungsgesetzes aus diesem Grund. Der Windenergieerlass habe die Beschwerden vermindert und regle alles angemessen. Da wäre jede weitere Reglementierung „kontraproduktiv“, fand der Sprecher und verwies darauf, dass CDU und FDP die Privilegierung der Windkraftanlagen zu verantworten hätten. Die Lösungsmöglichkeiten, die der Erlass aufzeige, seien heute schon im Land Praxis und Realität; von ihnen werde Gebrauch gemacht. Dass in zwei Regierungsbezirken davon keinen Gebrauch gemacht werde, „rechtfertigt aber noch keine Änderung des Landesplanungsrechts“.

Holger Ellerbrock (FDP) sagte für die FDP: „Ja, wir haben seinerzeit mitgewirkt. Die damaligen Windkraftanlagen mit Nabenhöhen von 20 und 30 Metern waren aber etwas ganz anderes als heute, wo die Nabenhöhen über 100 Meter betragen.“ Aber unbestreitbar gebe

es Streit vor Ort, „deshalb sag ich Ja zu dem CDU-Antrag, denn er dient der kommunalen Befriedung“. Seine Partei sage Ja zur Windenergie, aber genauso ein klares Nein zur Dauersubvention, wenn sich auch über eine degressive Anschubfinanzierung reden lasse. Ein klares Nein gebe es auch zu Privilegierung der Windkraft und „Verspargelung“ der Landschaft. Die Befassung der Raumplanung mit raumbedeutsamen Windenergieanlagen sei eine vernünftige Sache.

Johannes Rimmel (GRÜNE) urteilte, der CDU gehe es nicht in erster Linie um die planerische Steuerung, sondern um eine weitere Debatte um Energiepolitik und um Windenergie. Dieses Ziel aber nicht klar zu benennen sei unfair, betonte Rimmel und schlug vor, Windenergieanlagen vor Ort in einer möglichst großen Gemeinschaft zu organisieren – vor allem dann, wenn hier Investoren aufträten. Das verhindere Neid und schaffe „große Zufriedenheit in der dörflichen Gemeinschaft“. Was die CDU vorschläge, führe zu einer „Chaotisierung der Planungslandschaft“.

Energieminister Dr. Axel Horstmann (SPD) betonte, man müsse sich den Akzeptanzproblemen bei der Windkraft stellen. Die CDU versuche aber über das

Höher als die Spitzen des Doms soll ein Windrad bei Köln ragen. Widerstand formiert sich.
Fotos: Schälte

Planungsrecht, „auf die Windenergie einzuschlagen“. Das sei politisch motiviert und durchsichtig, fand der Minister und räumte ein, dass man der Auffassung sein könnte, ausschließlich die landesplanerische Lösung zu wählen. Dann aber komme der CDU-Antrag zur Unzeit, weil inzwischen 70 Prozent der Kommunen in NRW ihre lokalen Lösungen gefunden hätten: „Sollen wir plötzlich versuchen, Landesplanung darüber zu stützen und uns möglicherweise auf einen Konflikt mit kommunalen Planungen einlassen?“ Es sei richtig gewesen, sowohl die Regionalräte als auch die kommunalen Parlamente in die Lage zu versetzen, in den geeigneten Fällen für sich die richtigen Lösungen zu ergreifen.

Hans Peter Lindlar (CDU) stellte richtig, dass die CDU in all ihren Anträgen nie die Windenergie in Frage gestellt habe. Man sei nur bemüht gewesen, „die Akzeptanz bei den Bürgern durch geeignete Vorschläge herzustellen“. Bei der angestrebten Änderung gehe es seiner Fraktion um die Möglichkeit, Gebiete festzulegen, in denen Windenergieanlagen entstehen dürfen, aber auch Landschaftsteile abgestimmt aus einer Nutzung herauszunehmen – „und zwar mit abschließender Planungssicherheit“.

Von der Kloake zum Trinkwasserlieferanten

Lachse kehren in Rhein zurück

Wie fühlt sich der Lachs im Rhein? Vor zehn Jahren vor allem einsam. Denn er hatte sich rar gemacht. Vorbei die Zeiten, in denen er zu Hunderttausenden den Strom bevölkerte und als „Brot der Armen“ galt. Um 1900 fingen die Fischer im Rhein 85.000 Tonnen Lachs pro Jahr, 1953 waren es noch ganze 30 Kilo. Dann starb der Rheinlachs aus, der früher bis zum Schaffhauser Rheinfall und weit die Nebenflüsse hinauf gewandert war. Und mit der Rheinfischerei war es auch vorbei. Immer mehr Fischer gaben auf, in der „Kloake Europas“ ging ihnen nichts mehr in die Netze.

Ein paar arbeitslose Fischer – na und? Erst eine Umweltkatastrophe, als 1986 in Basel 30 Tonnen hochgiftige Pestizide in den Rhein flossen und über mehrere hundert Kilometer im Fluss alles Leben auslöschten, schreckten Öffentlichkeit und Politik auf. Die Rheinanliegerstaaten beschlossen das Aktionsprogramm Rhein. Ziel: „Das Ökosystem des Rheins soll in einen Zustand versetzt werden, bei dem heute verschwundene, aber früher vorhandene höhere Arten im Rhein als größtem europäischen Strom wieder heimisch werden können.“ Die Vision: Der Lachs kehrt bis zum Jahr 2000 wieder zurück.

1994, als sich der Abgeordnete Siegfried Martsch von den Grünen nach dem Wohlergehen des einstigen Speisefisches erkundigte, hielten es namhafte Fischexperten immer noch für „puren Unsinn und Augenschwermerei“, wenn Politiker behaupteten, der Lachs könne bis 2000 wieder heimisch sein. Das sah der damalige Umweltminister Klaus Matthies (SPD) in seiner Antwort im Juli 1994 auf die kleine Anfrage 2618 des Abgeordneten Martsch ganz anders und verwies auf die Tatsachen: „Für die Sieg, Agger und Bröl ist inzwischen der Nachweis gelungen, dass Lachse dort natürlich, das heißt ohne menschliches Zutun, abgelaicht haben.“

Knapp zehn Jahre später konnte seine Nachfolgerin, Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE), mitteilen, dass an der Kontrollstation Buisdorf/St. Augustin einige hundert laichbereite Lachse in der Sieg gezählt wurden. Das „Naturschauspiel springender Lachse“ sei der erfolgreichen Kooperation beim Gewässerschutz und bei den Wanderfischprogrammen zwischen NRW und Rheinland-Pfalz zu verdanken. Außerdem stiegen in der Sieg in großer Zahl Fluss- und Meererneunaugen sowie

Meerforellen auf. Aber nicht nur die Sieg ist Teil des Programms, hinzu kommen Wupper, Eifelrur, einzelne Weserzuflüsse und Teile des Ruhrsystems.

Es geht dabei nicht nur um die Verbesserung der Wassergüte, sondern auch um die Beseitigung von Hindernissen, die die Fische in ihrer Wanderung beeinträchtigen. An dieser Stelle droht der Konflikt zwischen den Betreibern von Wasserkraftwerken und der Ministerin, die sich für Wanderfische stark macht. Deren Auflagen, fürchten die Betreiber, würden die Wirtschaftlichkeit ihrer Anlagen mindern.

LEBENSMITTEL

Szenenwechsel. Nicht nur Fische brauchen das immer sauberer werdende Wasser des Rheins, auch die Menschen, die an ihm leben, nutzen ihn als Trinkwasserlieferanten. 55 Millionen wohnen an seinen Ufern, rund 20 Millionen trinken aufbereitetes Rheinwasser. Sie haben Anspruch auf ein unbedenkliches und reines Lebensmittel. Bis etwa 1950 reichte die natürliche Uferfiltration des Rheinwassers aus. Heutzutage geht es nicht ohne erheblichen technischen Aufwand.

600.000 Menschen in der Landeshauptstadt und im angrenzenden Kreis Mettmann versorgen die Stadtwerke Düsseldorf aus vier Wasserwerken mit Trinkwasser über ein Leitungsnetz von knapp 2.000 Kilometern. Die Kunden können mit dem gelieferten Produkt, einer aufbereiteten Mischung von uferfiltriertem



Wohl bekomm's – in der Filterhalle des Wasserwerks Düsseldorf-Holthausen nimmt der Biologe Dr. Hans-Peter Rohns einen Schluck aus der Leitung: Es schmeckt. Allen denen es nicht schmecken will, die Geruch in ihrem Leitungswasser feststellen, rät der Leiter der Qualitätsüberwachung Wasser, sich an den heimischen Trinkwasserversorger zu wenden, damit den Beanstandungen nachgegangen werden kann.

Foto: Schälte

Rheinwasser (80) und Grundwasser (20 Prozent), zufrieden sein. „Perfekt“ lautete vor drei Jahren das Urteil des Magazins „Stern“ bei seiner Trinkwasserverkostung: „Feines Leitungswasser“, urteilten die Prüfer. Weiter hieß es fast in der Sprache eines Weintests: „Die klare Farbe und ein frischer neutraler Duft versprechen, was der süßliche und nur im Nachklang etwas breite Geschmack hält.“

Das kommt nicht von ungefähr. In der Landeshauptstadt wird das Rohwasser mit einem schonenden, speziell entwickelten Filtersystem aufbereitet, das als Düsseldorfer Verfahren international bekannt geworden ist. Erst kommt eine Sauerstoff-Frischkur, um Bakterien und Viren abzutöten. Dann folgt die biologische Filtration, die unter anderem Eisen und Mangan herausfischt. Den Schluss bildet ein Aktivkohlefilter, der organische Stoffe und störende Einzelsubstanzen festhält. Hygienische Beschaffenheit und Wohlgeschmack sind das Ergebnis, für das ein 15-köpfiges Team in der Qualitätskontrolle geradesteht. Der Biologe Dr. Hans-Peter Rohns zapft ein Glas Wasser direkt an der Trinkwasserquelle im Wasserwerk Düsseldorf-Holthausen und nimmt einen Schluck: „Das kann auch unbedenklich für Säuglingsnahrung verwendet werden.“

„EU-Umweltstandards eins zu eins umsetzen“

Interviews mit den umweltpolitischen Sprechern der Fraktionen

NRW nimmt beim Umweltschutz eine Vorreiterrolle ein. Willy Brandts Traum vom „blauen Himmel über der Ruhr“ ist in den vergangenen Jahrzehnten wahr geworden. Auch die Gewässerqualität verdient heute wieder das Prädikat „gut“. Zweifellos ein Erfolg. NRW befindet sich also beim Thema Umweltschutz auf dem richtigen Weg? Darüber sprach Landtag intern mit den umweltpolitischen Sprechern des Düsseldorfer Landtags: Dr. Bernhard Kasperek (SPD), Hans Peter Lindlar (CDU), Holger Ellerbrock (FDP) und Johannes Remmel (GRÜNE).

Das Ökosystem Rhein gesundet, der Lachs kehrt zurück. Kann sich die Politik angesichts des Erfolgs zurücklehnen oder gibt es noch einiges zu tun?

Dr. Kasperek: Die Rückkehr des Lachses in den Rhein ist Resultat unserer seit langem betriebenen nachhaltigen Wasserschutzpolitik. Wir dürfen uns auf unseren Erfolgen aber nicht ausruhen, sondern müssen diese dauerhaft sichern und ausbauen. Dazu verpflichtet uns auch die neue EU-Wasser-



Dr. Bernhard Kasperek (SPD)

rahmenrichtlinie. Wir werden daher in den nächsten Jahren Schritt für Schritt im Gewässerschutz weitergehen, um im Rhein und den anderen Flüssen in unserem Lande einen guten ökologischen Zustand bzw. ein gutes ökologisches Potenzial herzustellen. Das liegt nicht zuletzt auch im Interesse eines wirklichen Hochwasserschutzes.

Lindlar: Allein mit der erzielten Verbesserung der Gewässerqualität ist der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht Genüge getan. Neben dem biologischen und chemischen Wasserzustand spielt auch das morphologische Erscheinungsbild der Gewässer künftig eine große Rolle. Das Umweltministerium hat eine Bestandsaufnahme durchführen lassen und stuft im Ergebnis 95 Prozent aller NRW-Flüsse als verbesserungswürdig ein. Diese völlig überzogene Bewertung hat bereits

heftigste Reaktionen von Unternehmen und Kommunen hervorgerufen und wird zu erbitterten Diskussionen über die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie führen, weil hier neue erhebliche Kosten für Bürger und Kommunen und vor allem auch für die Anlieger drohen. Zudem haben wir den Eindruck, dass damit ein Wust an Bürokratie auf die kommunalen Wasserbehörden und die Wasserwirtschaft zukommt. Von Zurücklehnen kann also keine Rede sein.

Ellerbrock: Es gibt sicherlich noch einiges zu tun. Wir sollten aber auch die bisherigen Erfolge nach außen hin darstellen. Wir haben eine wesentliche Verbesserung der Gewässerqualität erreicht. Heute haben wir die Möglichkeit, im Rhein zu schwimmen. Noch vor 15 Jahren wäre das undenkbar gewesen. Jetzt stellt sich die Frage: Ist es sinnvoll, in diesem Bereich in NRW noch kostenträchtig aufzusatteln oder lassen sich die Mittel nicht an anderer Stelle effizienter einsetzen? Wie viele Nordsee-Anrainer haben wir, die lange nicht die hohe Gewässerqualität des Rheins vorweisen können? Wenn wir das Ökosystem Nordsee stärken wollen – und das wollen wir –, dann müssen wir bei anderen Gewässern in die Qualitätsverbesserung investieren.

Remmel: Dass wir uns nicht zurücklehnen können, ergibt sich schon aus den Vorgaben der EU, die EU-Wasserrahmenrichtlinie



Hans Peter Lindlar (CDU)

umzusetzen. Die EU legt neue Maßstäbe im Wasserrecht fest, indem sie von dem natürlichen Zustand der Gewässer ausgeht. Sie hat die Länder zu einer Bestandsaufnahme aufgefordert und das passiert derzeit in NRW. Dabei wurde festgestellt, dass die meisten Gewässer in NRW von ihrem natürlichen Urzustand weit entfernt sind. Es wird also nicht nur die biologisch-chemische Gewässerqualität unter die Lupe genommen – darauf haben wir bislang das Hauptaugenmerk gerichtet –, sondern auch die morphologische Struktur, das Ökosystem Wasser sowie das Verhältnis von Gewässerkörper und Umgebung. Und dieser umfassende Ansatz wird für die Politik und die Verwaltung in den nächsten zehn bis 15 Jahren eine sehr wichtige Aufgabe sein.

Herkömmliche und alternative Energiegewinnung im Widerstreit – ist NRW da auf dem richtigen Weg?

Dr. Kasperek: Es gibt keinen Widerspruch zwischen herkömmlicher und alternativer Energiegewinnung. Der von anderen Parteien konstruierte Widerspruch ist politische Steinzeit. Die Politik Nordrhein-Westfalens ist vielmehr beispielhaft für eine verbraucherfreundliche, wirtschaftliche und zukunftsweisende Verbindung der verschiedenen Energieformen. Mit der Braunkohle und Steinkohle verfügen wir über Energieträger, die dauerhaft der Sicherung unseres Energiebedarfs dienen werden und zugleich Grundstein für die Entwicklung innovativer Kraftwerkstechnologien bilden. So werden in NRW Kraftwerke entwickelt und gebaut, deren Wirkungsgrade internationale Topplatzierungen erreichen. Zugleich ist für NRW klar: Erneuerbare Energien sind ein fester und stetig wachsender Teil im künftigen Energiemix. Biomasse, Windkraft, Photovoltaik und Geothermik werden eine zunehmend größere Rolle in der Energieversorgung Nordrhein-Westfalens und weltweit spielen. Auch mit Blick auf die Exportmärkte hat sich das Land die Aufgabe gestellt, erneuerbare Energien technologisch und wirtschaftlich voranzubringen.



Lindlar: Richtig ist, dass wir einen Energiemix brauchen. Allerdings ist die Gewichtung der einzelnen Bestandteile umstritten. Die Vorstellungen der CDU-Fraktion richten sich einerseits auf einen schnelleren Abbau der Steinkohlenutzung. Zum anderen kritisieren wir die einseitige Überbetonung der Windenergie unter den erneuerbaren Energien. Hier bedarf es dringend einer neuen Gewichtung, damit auch andere regenerative Energien besser ausgebaut und gefördert werden. Darüber hinaus stehen wir mit Nachdruck hinter der Nutzung der Braunkohle, weil sie in mehrfacher Hinsicht eine wirtschaftliche Komponente ist. So bietet sie indirekt die Chance für NRW, innovative Technologien in Form von wesentlich effizienteren Kraftwerken zu entwickeln und zu exportieren. Gleichzeitig könnte damit eine erhebliche Einsparung beim Kohlendioxidausstoß erreicht werden.

Ellerbrock: Nein. NRW ist auf dem Holzweg, wenn wir im Bereich der fossilen Energieträger weiterhin auf die heimische Steinkohle setzen. Das Argument Energiesicherheit zieht nicht. Schließlich kommen bei uns lediglich drei Prozent der Stromversorgung aus der heimischen Steinkohle. Ich sage ja zur Importkohle, ja zur Braunkohle aber nein zur heimischen Steinkohle. Ja sage ich auch zur Öffnung der Kernkraft, weil es eine Zukunftstechnik ist. Stichwort alternative Energien – in meinen Augen eine falsche Bezeichnung. Denn selbst wenn die Technologie in diesem Bereich so weit fortgeschritten sollte, dass wir im Jahre 2020 vielleicht 25 Prozent unseres Energiebedarfs hierüber decken könnten, wäre doch „additive Energie“ die treffendere Bezeichnung. Die FDP sagt eindeutig ja zur Entwicklung, Forschung und gegebenenfalls zur Anschubfinanzierung. Dauersubventionen, egal ob bei Windkraft oder bei Kohle, darf es jedoch nicht geben. Windkraft ist eine Ideologie, deren Nutzen hierzulande in keinem Verhältnis zu den immensen Kosten und zur Belastung von Mensch und Landschaft steht. Im Verhältnis zur Windkraft ist ja selbst die Steinkohlesubvention hoch effizient.



Holger Ellerbrock (FDP)

Remmel: Wir sind in NRW auf dem Weg zu einem Energiemix, bei dem regenerative Energien einen immer größeren Stellenwert einnehmen müssen. Insofern haben wir eine richtige Perspektive. Dabei haben wir nicht nur NRW, sondern auch die Exportchancen aufgrund der Friedensperspektive „Weg vom Öl“ im Auge. Uns ist klar, welche Möglichkeiten der weltweite Einsatz erneuerbarer Energien auch hierzulande für die wirtschaftliche Stabilität und Weiterentwicklung bieten. Dabei verzichten wir nicht auf die traditionellen Energieträger und deren Effizienz steigende Weiterentwicklung, wobei wir im Bezug auf die Steinkohle eine klare Perspektive haben, die um das Jahr 2015 endet. Ich möchte an dieser Stelle jedoch nochmals betonen, dass der Vorstoß der Oppositionsfractionen – insbesondere der FDP –, aus vorgeschobenen Klimaschutz Gesichtspunkten künftig stärker auf Atomkraft zu setzen, eine politische Groteske erster Güte ist.



Johannes Remmel (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Die EU gibt immer mehr Standards im Umweltschutz vor. Werden die in NRW zeitnah umgesetzt oder durch Befrachtung übererfüllt?

Dr. Kasperek: Eine zeitnahe Umsetzung von EU-Umweltstandards ist wichtig. Bei uns – aber auch in allen anderen Staaten. Die Standards dürfen aber nicht nur Theorie bleiben. Sie müssen vollzugsgerecht sein und von Betroffenen angenommen werden. Daher ist es unverzichtbar, die Umsetzung in einem transparenten Prozess mit allen Beteiligten abzustimmen. Nur so ist ein praxis- und vollzugsgerechter Einbau in unser bisheriges Schutzsystem möglich. Mit dem Düsseldorfer Signal haben wir nochmals sichergestellt, dass die EU-Standards eins zu eins umgesetzt werden, also ohne Verschärfungen, und so, dass Wettbewerbsverzerrungen gegenüber anderen Regionen vermieden werden.

Lindlar: Die EU-Umweltvorgaben werden bei uns ganz klar überreguliert. Etwa 80 Prozent der Landes-Gesetzgebung im Umweltbereich dienen allein der Umsetzung von EU-Richtlinien. Statt einer angemessenen 1:1-Umsetzung packt das NRW-Umweltministerium jeweils eine Fülle von zusätzlicher Bürokratie und weitergehenden inhaltlichen Forderungen auf die EU-Vorgaben drauf. Umweltministerin Höhn misstraut Bürgern und Wirtschaft und gängelt sie lieber durch Vorschriften. Diese Regelungswut lähmt zusätzlich die Arbeit des Umweltministeriums; so ist aktuell das Landeswassergesetz zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie schon längst überfällig.

Ellerbrock: EU-Umweltvorgaben eins zu eins umsetzen ist unser Motto. In NRW haben wir in der Vergangenheit leider gerne Sonderwege beschritten. Wir haben uns das bislang auch leisten können, weil wir in NRW einen hohen Lebensstandard haben. Doch jetzt, wo das Geld knapp wird, müssen wir uns fragen: Können wir uns das noch leisten und welchen ökologischen Mehrwert erzielen wir durch solche Wettbewerbsverzerrungen solcher Orchideenspiele? Nachhaltigkeit heißt eben nicht nur ökologisch verantwortbar, sondern auch sozial tragbar und wirtschaftlich machbar.

Remmel: Das ist eine Chimäre, die in der Diskussion mit der Opposition immer wieder auftaucht. Dahinter steckt die Annahme, die Bundesrepublik bzw. NRW seien „Umwelt-Weltmeister“. Diese Annahme ist grundfalsch. Wir sind in manchen Bereichen des Umweltschutzes zweifellos gut, in manchen Bereichen sind andere Nationalstaaten jedoch sehr viel besser. Stichwort Ausweisung von Naturschutzgebieten. Im Übrigen ist die Umweltwirtschaft ein Wachstumsmarkt. Hohe Standards schaffen Investitionssicherheit, bieten große Chancen für den Wettbewerb und befördern Innovationen.

Die Interviews führten Jürgen Knepper und Axel Bäumer.

Rot-Grün will Entscheidung vor der Sommerpause

Gesetzentwurf im Urteil der Sachverständigen

Mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen hat der Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) am 16. Juli den Gesetzentwurf der Landesregierung zum Nachtragshaushalt 2004 (Drsn. 13/5490, 13/5660) verabschiedet. Vorausgegangen waren zwei öffentliche Anhörungen. Konkret ging es dabei um die Themenkomplexe Verfassungskonformität des Nachtragshaushalts, Kürzungen beim Landesjugendplan, Erhöhung des Wohngeldes sowie Schaffung von 250 zusätzlichen Ausbildungsplätzen beim Land. In einer Sondersitzung des Plenums am 21. Juli will der Landtag den Nachtragshaushalt noch vor der Sommerpause verabschieden.

ohnehin nicht mit dem Gebot der Nachhaltigkeit der NRW-Finanzpolitik vereinbar; der Nachtragshaushalt vergrößere die Nachhaltigkeitslücke. Mit Blick auf die demographischen Herausforderungen für NRW sei eine „durchgreifende Haushalts- und Finanzreform“ angezeigt.

Zum Thema Landesjugendplan äußerten sich Vertreter der Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“. Sie forderten, alle Mittelkürzungen des Landesjugendplans bereits im Nachtragshaushalt 2004 zurückzunehmen. Die Kürzungen im laufenden Haushaltsjahr hätten bereits zu Personalentlassungen, Angebotsreduzierungen und Schließungen von Kinder- und Jugendeinrichtungen geführt. Die Sprecher gehen davon aus, dass bis zum Jahresende rund 130 Einrichtungen in freier Trägerschaft schließen und 200 Stellen gestrichen werden müssen.

Wohngeld: In einer gemeinsamen Stellungnahme wiederholten die kommunalen Spitzenverbände ihre Kritik, die Landesregierung habe das durch Hartz IV zu erwartende Entlastungsvolumen beim Wohngeld auf der Grundlage veralteter Zahlen falsch berechnet. Sie fanden es „nicht akzeptabel“, dass bei der landesgesetzlichen Umsetzung der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses plötzlich nur noch von einer Entlastungswirkung von 405 statt vormals 473 Millionen Euro die Rede gewesen sei.

Die in der Ergänzungsvorlage genannte Schaffung von 250 zusätzlichen Ausbildungsplätzen beim Land wurde von den Vertretern der Gewerkschaften grundsätzlich als „positiver Ansatz“ begrüßt. Allerdings wurde die Befürchtung geäußert, dass diese Stellen „eher kapitalisiert als realisiert werden“. Dies lege die Erfahrung der letzten Jahre nahe. Darüber hinaus wurde darauf hingewiesen, dass in der Vergangenheit eine Vielzahl von Ausbildungsplätzen beim Land weggefallen seien. Vor dem Hintergrund erscheine die Zahl von 250 Stellen in einem anderen Licht. **ax**

Nachtragshaushalt 2004

Im Nachtragshaushalt für das laufende Jahr sieht die Landesregierung eine Erhöhung der Neuverschuldung um rund 950 Millionen auf 6,1 Milliarden Euro vor. Grund für diesen Nachtrag sind die laut Mai-Steuerschätzung zu erwartenden Steuermindereinnahmen. Das Haushaltsvolumen 2004 steigt damit auf insgesamt 48,6 Milliarden Euro. Die Landesregierung rechtfertigt die Neuverschuldung mit der beginnenden Erholung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft: Der konjunkturelle Aufschwung dürfe nicht durch weitere Sparmaßnahmen gefährdet werden. Zum Ende des Jahres wird der Gesamtschuldenstand des Landes voraussichtlich die 100-Milliarden-Euro-Marke überschreiten.

Der Vertreter vom Bund der Steuerzahler äußerte erhebliche Bedenken, ob der Doppelhaushalt 2004/2005 samt Nachtrag verfassungskonform sei. Der Bund teile die im Rechtsgutachten von Professor Dr. Dieter Birk, Steuerrechtler der Universität Münster, geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken. Dieser hatte unter anderem die so genannte Kommunalkreditierung als verdeckte Rücklage kritisiert. Zudem seien die Darlegungspflichten bezogen auf die Kreditaufnahme, die die Investitionen überschreitet, nicht ausreichend erfüllt worden. Er forderte ein generelles

Verschuldungsverbot in der Verfassung. Die Regelung, dass die Neuverschuldung nicht höher sein darf als die Investitionen, reiche nicht aus. Er schloss mit dem Appell an den Gesetzgeber, „die Verfassung auch in Haushaltsfragen, gerade was die Verschuldung angeht, ernster zu nehmen“.

Kritik am Nachtragshaushalt übte auch der Sprecher des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI):

Die von der Landesregierung geltend gemachten gesamtwirtschaftlichen

Gründe für die Kreditaufnahme

könnten vor dem Hintergrund

der sich zunehmend aufhellenden Konjunkturperspektiven

in NRW „nur bedingt überzeugen“. Zudem seien Einsparungspotentiale in den Bereichen Personal- und Sachausgaben nicht ausgeschöpft worden, um die konjunkturbedingten

Steuermindereinnahmen nicht voll

auf die zusätzliche Schuldenaufnahme

durchschlagen zu lassen. Die Schuldenaufnahme

sei

Terminfragen spielten im Zuge der Beratung des Nachtragshaushalt eine große Rolle: Sollen zweite und dritte Lesung des Gesetzentwurfs vor oder erst nach der Sommerpause erfolgen? Unser Bild zeigt die beiden haushaltspolitischen Sprecher von SPD und CDU, Gisela Walsken (r.) und Helmut Diegel (l.).

Foto: Schälte



Vier Fraktionen und drei Gesetze

Freie Träger fordern rasch gemeinsamen Entwurf

„Zwei Dinge sollen Kinder von ihren Eltern bekommen: Wurzeln und Flügel“, schrieb einst Johann Wolfgang von Goethe. Das gilt heute immer noch. Um zu eigenständigen, eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu werden, benötigen Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene mehr denn je gute Start- und Rahmenbedingungen, auch außerhalb von Familie, Schule, Ausbildung und Beruf. Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet die Kinder- und Jugendarbeit, die Jugendsozialarbeit und der erzieherische Kinder- und Jugendschutz.

Bisher wurde die Jugendförderung in diesen Feldern über einen jährlich zu beschließenden Landesjugendplan und unterschiedliche kommunale Fördersysteme geleistet. Ein Landesgesetz, das Leistungen und Maßnahmen für Jugendförderungen garantiert, gibt es bisher nicht. Doch das soll sich ändern. Mitte diesen Jahres haben darum die Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE (Drs. 13/5576), die CDU-Fraktion (Drs. 13/5392) und die FDP-Fraktion (Drs. 13/5578) drei Gesetzentwürfe vorgelegt, die die Schaffung eines Jugendförderungsgesetzes für NRW vorsehen. Unter dem Vorsitz von Annegret Krauskopf (SPD) waren Mitte Juli Sachverständige, Institutionen und Verbände zu einer öffentlichen Anhörung in den Ausschuss für Kinder,

Jugend und Familie geladen, um zu den Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen.

Die Gesetzesinitiativen der Landtagsfraktionen fanden großen Zuspruch der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dennoch gab es Diskussionsbedarf.

PLANUNGSSICHERHEIT

Vor allem die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände kritisierten eine finanzielle Mehrbelastung der Kommunen. Die vorgesehenen zusätzlichen Aufgaben könnten von den Kommunen nur durch einen vollen Kostenausgleich vorgenommen werden, so Michael Mertens, Sprecher der Arbeitsge-

meinschaft der kommunalen Spitzenverbände. Außerdem seien Einschnitte in die kommunale Selbstverwaltung zu befürchten, die eine Einengung der Handlungsspielräume zur Folge hätten. Ernst Giesen, Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen, betonte, man wolle Planungssicherheit, doch keine zusätzlichen Planungsvorgaben.

Planungssicherheit forderte auch Hans-Jürgen Dahl, Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“. Bisher müssten rund 131 Einrichtungen schließen, bei der derzeitigen Finanzlage würden in 2005 weitere 200 Einrichtungen folgen, so Dahl. Um die Jugendarbeit zu retten, müsse ein Gesetz her, das verlässliche Förderung ab Januar 2005 garantiere. Markus Schnapka, Landschaftsverband Rheinland, plädierte ebenfalls für ein schnelles In-Kraft-Treten, andernfalls sei ein Wegbrechen der Trägerstrukturen zu befürchten.

Barbara Dahmen, Sprecherin für die Spitzenverbände der Jugendhilfe, forderte die Erhaltung des dualen Fördersystems, eine Förderverpflichtung der Kommunen und ein Förderniveau, das sich an den Vorgaben des Jugendplans 2001 orientiere.

Dr. Ulrike Graff, Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenarbeit in NRW, hob hervor, dass „Gender Mainstreaming“ ein Instrument sei, das Maßnahmen zur gezielten Förderung von Mädchen- und Jungenarbeit ergänze, jedoch nicht ersetze. Deshalb sei es wichtig, auch geschlechtsbezogene Angebote als eigenen Förderschwerpunkt in das Gesetz aufzunehmen.

VORSCHLÄGE

Dr. Mike Seckinger, Deutsches Jugendinstitut e.V., begrüßte die verbindlichen Aussagen der Gesetzentwürfe. Seckinger empfahl die Partizipationsrechte der Adressaten konkreter zu formulieren, die Festsetzung der Altersgrenzen zu überarbeiten und verwies auf die Inkonsistenz der genannten Förderbereiche. Hier müsse das Gesetz entweder vereinheitlicht werden oder aber alle Förderbereiche aufgreifen.

Die Vertreter der Kirchen sahen große Einmütigkeit bei den vorliegenden Gesetzentwürfen. Karl-Wolfgang Brandt, Evangelisches Büro NRW, forderte daher: Politische Differenzen dürften nicht das gemeinsame Ziel überlagern.

Für einen gemeinsamen Gesetzentwurf der Landtagsfraktionen appellierten alle Vertreter der freien Träger, damit es im Herbst zur Abstimmung im Plenum kommen könne. Nun erwägen die Fraktionen, ob es möglich sei, einen solchen Entwurf zu erarbeiten. **K.G.**

In Bratislava,

der slowakischen Hauptstadt, haben sich Mitglieder des nordrhein-westfälischen Landtags über die Lage nach dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union informiert. Dabei traf die deutsch-slowakische Parlamentariergruppe mit den Kolleginnen und Kollegen der slowakisch-deutschen Freundschaftsgruppe im Nationalrat der Slowakischen Republik zusammen (hier entstand das Bild). Beide Vorsitzenden, Dr. Frank Freimuth und Jarmila Tkacova, unterzeichneten eine Absichtserklärung („Letter of Intent“), die eine weitere Intensivierung der gegenseitigen Zusammenarbeit näher regelt.



Modernisierung des Bildungswesens

Gesetz fasst zahlreiche Regelungen zusammen

Entbürokratisierung, Transparenz und Selbstständigkeit sind Schlagworte der heutigen Politik. Auch in der Bildungspolitik sind Veränderungen nötig. In NRW gibt es sieben Schulgesetze, die aus den Jahren 1952 bis 1977 stammen. Hinzu kommen zahlreiche Verordnungen zu den jeweiligen Gesetzen, die zu einer kaum überschaubaren Rechtslage geführt haben. Nun soll NRW ein einheitliches und übersichtliches Schulgesetz bekommen, das die bisherigen Gesetze vereint, einige der bestehenden Rechtsverordnungen aufhebt und den Schulen mehr Gestaltungsspielräume ermöglicht.

Von der Landesregierung wurde Anfang Mai ein Gesetzentwurf (Drs. 13/5394) vorgelegt, der die Grundlagen des nordrhein-westfälischen Schulrechts neu strukturieren und Rahmenbedingungen für Reformschritte schaffen soll. Erklärtes Ziel ist die Rechtsbereinigung, Deregulierung, Delegation von Kompetenzen und die Stärkung der schulischen Selbstständigkeit.

Auf Einladung des Ausschuss für Schule und Weiterbildung, Vorsitz Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU), wurden in einer öffentlichen Anhörung Anfang Juli Sachverständige und Verbände zum Gesetzentwurf und zum Antrag von SPD und Grünen „Mehr Qualität im nordrhein-westfälischen Bildungsgesetz: durch den Ausbau der schulischen Selbstständigkeit und Verantwortung und die Reform der Schulaufsicht“, (Drs. 13/4971) angehört.

Die Reform des Abiturs und der Abschlussprüfungen, Schulträger, Schulorganisation, Aufgaben und Stellung der Schulleitung, die Selbstständigkeit der Schulen und die angestrebte Reform der Schulaufsicht bildeten nur einige Schwerpunkte der Anhörung.

Die Experten der kommunalen Spitzenverbände begrüßten vor allem die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren. Dennoch seien die Reformansätze des Gesamtentwurfs nicht weit reichend genug. Claus Hamacher vom Städte- und Gemeindebund NRW wünschte sich ein schlüssiges Gesamtkonzept des Landes zur Verbesserung des Schulsystems, sowie ein zukunfts-fähiges Finanzsystem.

VERWALTUNGSAUFGABEN

Kritik äußerte Professor Dr. Volker Ladenthin, Institut für Erziehungswissenschaft Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Der Trend des Schulgesetzes sei „nur noch Verwalten anstelle Gestalten“. Die Arbeit der Schulverwaltung würde lediglich auf die Ebene der Schule verlagert werden. Den Lehrenden raube man dadurch Zeit für ihre eigentliche Arbeit, so Ladenthin.



Dicht umlagert: der Tisch mit den schriftlichen Stellungnahmen der Sachverständigen.
Foto: Schälte

als Einschränkung der Wahlmöglichkeiten von Eltern, Schülern und Schülerinnen zu bewerten, so Silber-nagel.

Dem widersprach Udo Beckmann, Verband Bildung und Erziehung Landesverband Nordrhein-Westfalen, der Schulverbände als Möglichkeit eines wohnortnahen Bildungsangebots bewertete.

Eine Verschlechterung der Gesamtsituation von Schülerinnen und Schülern durch den Gesetzentwurf befürchtete Martin Ströhmeier von der NRW-LandesschülerInnenvertretung. Die Verkürzung des bisher geltenden Mitwirkungsparagrafen würde die Partizipationsmöglichkeiten reduzieren, deshalb sollten die Paragrafen wieder in den Gesetzentwurf aufgenommen werden, so Ströhmeier.

Die Absicht der Landesregierung, die Rechtslage im Schulwesen zu vereinfachen, fand weitgehend die Zustimmung der Redner. Eine einheitliche Meinung zu den einzelnen Reformvorhaben des Gesetzentwurfs war jedoch nicht erkennbar. Insgesamt sprachen sich die Teilnehmer für eine Überarbeitung des Gesetzentwurfs aus.

K.G.

Herausragende Verdienste um Politik und Gesellschaft hat der Bundespräsident mit dem Verdienstkreuz am Bande gewürdigt. Landtagspräsident Ulrich Schmidt überreichte den Orden an Marie-Luise Fasse (CDU, Bild), und betonte dabei das sozial engagierte Wirken der Bürgerin und Politikerin, das über die Fraktionsgrenzen hinweg im Dienst einer verständlichen und bürgerorientierten Politik Anerkennung findet. Die Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses gehört seit 1995 dem Landtag an und ist Mitglied des Ausschusses für Frauenpolitik und des Verkehrsausschusses.

Foto: Schälte



– so heißen das Buch und die Kommission, die ihren Abschlussbericht soeben vorgelegt und an Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) übergeben hat.

Die Veröffentlichung umfasst 400 Seiten und ist von der Enquetekommission aus neun Landtagsabgeordneten und sechs Sachverständigen unter der Leitung von Hans-Peter Milles (SPD, 2.v.r.) mit ihren zum Teil weit reichenden Forderungen und Handlungsempfehlungen nach rund zweieinhalbjähriger Arbeit einstimmig beschlossen worden. Der Landtag hat den Abschlussbericht in seiner Sitzung am 14. Juli beraten. Das Werk kann zum Preis von 28 Euro bei ILS NRW, Deutsche Straße 5, 44339 Dortmund (www.ils.nrw.de) bezogen werden. Der Text ist auch über die Homepage des Landtags NRW, Fundstelle Enquetekommission „Zukunft der Städte“, herunter zu laden. – Unser Bild zeigt noch die Abgeordneten Bernd Schulte (CDU, l.), Rainer Schmeltzer (SPD, 2.v.l.), Karl Peter Brendel (FDP, 3.v.r.) und Klaus Kaiser (CDU, r.)

Fotos: Schälte



müssten Architekten und Stadtplaner an den Konzepten beteiligt werden, war aus deren Reihen zu hören. Die Ingenieure meinten, immerhin sei der Rückbau auch eine Chance zur Realisierung bisher nicht erreichter Qualität in der Verkehrsinfrastruktur und bei der technischen Infrastruktur wie Energie- und Wasserversorgung.

Von kommunaler Seite kam die Forderung, die staatlichen Mittel für den Stadtumbau aufzustocken und es den Städten und Gemeinden weitgehend zu überlassen, für welche Projekte an Ort und Stelle sie verwendet werden. Was das Drittel Eigenanteil der Kommunen angehe, so machten Sprecher darauf aufmerksam, dass die besonders betroffenen Städte besonders arm und in ihrem finanziellen Handlungsspielraum besonders eingeschränkt seien: Und gerade sie hätten den Stadtumbau besonders nötig. Die verschiedenen Förderungstöpfe seien angesichts der ernsten Lage zu einem einheitlichen kommunalen Investitionsprogramm zusammen zu fassen.

Deutlich wurde in der Anhörung auch, dass sich dieser angestrebte Umbau der Städte nicht allein administrativ regeln lässt: In den Prozess müssten alle Beteiligten einbezogen werden, um zu tragfähigen Vereinbarungen, auch über kommunale Grenzen hinweg, zu kommen. Monitoring und Erfolgskontrolle sollten die „gesamtstädtischen, strategischen Stadtentwicklungskonzepte“ begleiten, damit über Erfolg oder Misserfolg rechtzeitig Klarheit gewonnen wird. Der gemeinsame Appell war, die Entwicklung nicht auf sich zukommen zu lassen, sondern vorausschauend zu agieren und die Gelegenheit zur baulichen Weiterentwicklung der Städte zu nutzen.

Im Umbau liegen auch Chancen

Experten diskutieren Perspektiven für kommunale Entwicklung

Die deutschen Städte schrumpfen und verändern sich: „Stadtumbau“ ist angesagt. Über das Warum, das Wie (und mit welchen Mitteln) gab es eine Anhörung im Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen (Vorsitzender Wolfgang Röken, SPD). Zahlreiche Experten nahmen dabei Stellung zu einem umfangreichen Fragenkatalog, wobei die CDU-Fraktion auf ihren Antrag „Nordrhein-Westfalen fordert ein Programm Stadtumbau in Deutschland“ (Drs. 13/5127) verwies.

Über das Warum war man sich schnell einig: Es sind im Osten der Geburtenrückgang, der Umzug der Menschen aus den Städten ins Umland und die Abwanderung in den Westen, der in den neuen Bundesländern jetzt schon ein Fünftel der Wohnungen leer stehen lässt. In zehn Jahren, so die Schätzung, werde das Problem auch den Westen mit seiner niedrigen Geburtenrate

erreichen. Darum seien öffentliche Gelder für den Stadtumbau nur verantwortbar, wenn sie mit Mitteln der Familienförderung verbunden seien, mahnte ein Wissenschaftler.

Städte hätten sich in ihrer langen Geschichte schon immer verändert, lautete eine andere Meinung. Wenn es aber früher immer um Erweiterung gegangen sei, dann müsse zum ersten Mal der Rückbau geplant werden. Dabei

Gütlicher Vergleich oder „fauler Kompromiss“?

HDO: Land und Bund einigen sich

Vor kurzem haben Bund und Land einen Vergleich in Sachen HDO, Trickfilmzentrum Oberhausen, geschlossen. Die FDP-Fraktion beantragte im Hauptausschuss (Vorsitz Edgar Moron, SPD) eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Hintergründe des Vergleichs über die Fördergelder des HDO“. Abteilungsleiterin Maria Huesmann-Kaiser vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit stand Rede und Antwort.

Im Zuge der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur hatte der Bund seinerzeit etwa 20

Millionen Euro für das HDO gezahlt und vor zwei Jahren wegen unzulänglicher Verwendungsnachweise den Betrag samt Zinsen vom Land zurückgefordert. Gegen diese Rückforderung hatte NRW geklagt. Jetzt bestimmt der vorläufige Vergleich (der Bundesfinanzminister muss noch zustimmen), dass Nordrhein-Westfalen die Hälfte des Förderanteils des Bundes sowie die Hälfte der Zinsen des Bundes übernimmt. Alles in allem seien das 13 Millionen Euro. Mit der Zustimmung des Bundesfinanzministers rechne man in Kürze.

Die Sprecherin der FDP, Marianne Thomann-Stahl, bedauerte den Vergleich: Auf diese Weise werde die Öffentlichkeit nie erfah-

ren, ob die HDO-Mittel zweckgerecht verwendet worden sind. Juristisch sei der Vergleich zwar nachvollziehbar, aber politisch stehe ein „Riesenskandal“ dahinter, meinte Werner Jostmeier (CDU): Hier werde nämlich die Frage nach der Rolle des damaligen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement „elegant beerdigt“. Ob man hätte riskieren sollen, dass die Last für NRW bei einem für das Land ungünstigen Urteil größer ausgefallen wäre, wollte Sylvia Löhrmann von den Grünen wissen.

Es handele sich nicht um einen „faulen Kompromiss“ zu Lasten der Steuerzahler, beharrte Huesmann-Kaiser. Angesichts des juristischen Neulands „erschien uns ein gütlicher Vergleich ratsam“.

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 13. September vorgesehen. Voranmeldung unter 0211/884-4444.

+++

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) hat es abgelehnt, dem **Haushalts- und Finanzausschuss** (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) Auskünfte über die Teilwertabschreibung der Firma Vodafone in Höhe von 50 Milliarden Euro zu erteilen. Die CDU-Fraktion wollte wissen, ob Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) schon vor zwei Jahren als damaliger Finanzminister in NRW von den Abschreibungsplänen des Mobilfunkunternehmens gewusst hat. Dieckmann erklärte, zum Steuergeheimnis gehöre auch die Frage, wann und auf welcher Ebene der Steuerausfall geprüft worden sei. Darüber hinaus betonte der Minister, er sehe keine Möglichkeit, einen eventuell drohenden Steuerausfall in einem Einzelfall durch neue gesetzliche Regelungen rückwirkend zu verhindern.

+++

Mit der Änderung des Studentenwerkesgesetzes (StWG) werden den Studentenwerken größere wirtschaftliche Handlungsspielräume eingeräumt. Die Änderung sei überfällig gewesen, nachdem das StWG zuletzt 1994 novelliert worden war. Der Antrag (Drs. 13/4998) der Koalitionsfraktionen wurde zunächst im **Ausschuss für Wissenschaft und Forschung** (Vorsitz Joachim Schultz-Tornau, FDP) mit der Mehrheit der Stimmen von Rot-Grün gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen. Im Anschluss daran wurde die Beschlussempfehlung (Drs. 13/5615) des Ausschusses vom Plenum in 2. Lesung verabschiedet.

+++

Auf Grundlage des FDP-Antrags „Das beste Personal für unsere Kinder – Für eine Stärkung der Attraktivität und des fachlichen Standards der Erzieherausbildung“ (Drs. 13/4694) wird der **Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie** (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) am 9. September Sachverständige im Rahmen einer Anhörung zu Wort kommen lassen.

+++

Verkehrsminister Dr. Axel Horstmann (SPD) sieht den geplanten Rhein-Ruhr-Express zwi-

schen Dortmund und Köln weiterhin auf einem „guten Weg“. Die Zukunft des Projekts Rhein-Ruhr-Express war auf Antrag der CDU Thema einer Aktuellen Viertelstunde im **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD). Bundeskanzler Gerhard Schröder und Ministerpräsident Peer Steinbrück (beide SPD) seien übereingekommen, mit der Durchführung des Projektes zu beginnen, so Dr. Horstmann. Gleichzeitig räumte er ein, dass die Gesamtfinanzierung weiter offen sei. Die Landesregierung halte die Einbeziehung privater Investoren für möglich. Die Opposition hingegen bezeichnete die Aussagen der Landesregierung als „Luftschlösser“.

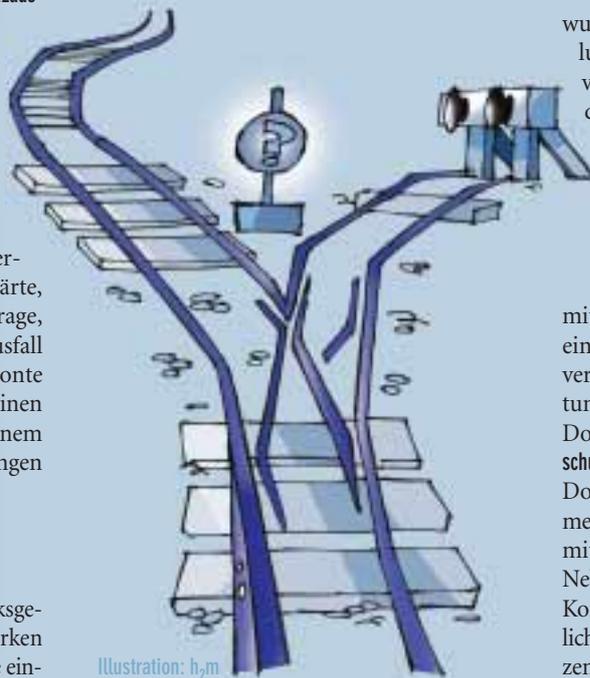


Illustration: h,m

Heinz Hardt, verkehrspolitischer Sprecher der CDU, warf der Koalition vor, dass ein Jahr nach dem Startschuss für das Projekt noch nichts passiert sei. Die Gesamtkosten werden auf rund zwei Milliarden Euro geschätzt.

+++

Ein Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit informierte den **Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik** (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) über die Pläne der Landesregierung zur Folgenabschätzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Durch die Verwirklichung eines einheitlichen Binnenmarktes für Dienstleistungen werden weitere Wachstums- und Beschäftigungspotentiale für das Land NRW erwartet.

+++

Im Dienste der Bürgerrechte begab sich eine zehnköpfige Delegation des **Petitionsausschusses** Anfang Juli auf Reisen und besuchte

den Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Eupen, Belgien. In einem Informationsgespräch mit den Ratsmitgliedern erkundigte sich die Delegation aus NRW über die gesetzlichen Grundlagen und das Prozedere des Petitionsrechts in Belgien allgemein und dessen Handhabung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Besonderen. Der Besuch am Eupener Kaperberg war die erste Etappe auf einer Reise zu mehreren Parlamenten in Belgien und den Niederlanden.

+++

In der ersten Beratung über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Weiterentwicklung der Hochschulreform (Drs. 13/5504) verständigte sich der **Wissenschaftsausschuss** darauf, am 16. September Experten zu einer öffentlichen Anhörung zu diesem Thema in den Landtag einzuladen.

+++

Kompetente Ansprechpartner für kleine und mittlere Unternehmen, Kundenberatung aus einer Hand und neue Zugangswege zur Stadtverwaltung, das alles verspricht das „Dienstleistungszentrum Wirtschaft“ (DLZW) der Stadt Dortmund. Bei einem Besuch des **Wirtschaftsausschusses** (Vorsitz Dr. Helmut Linssen, CDU) im Dortmunder Rathaus erläuterte Oberbürgermeister Dr. Gerhard Langemeyer den Ausschussmitgliedern das Serviceangebot des DLZW. Neben der Stadt Dortmund nehmen elf weitere Kommunen am Projekt „Mittelstandsfreundliche Verwaltung NRW“ teil. Ziel ist es, durch eine zentrale Anlaufstelle bei der Stadtverwaltung eine schnellere, effizientere und transparentere Abwicklung von Genehmigungsverfahren zu ermöglichen.

+++

Die Vielfalt der Förderfelder und -wege in der Kulturförderung transparent machen und strukturieren – das ist das Ziel von Professor Dr. Bernd Günter von der Universität Düsseldorf. In der jüngsten Sitzung des **Kulturausschusses** (Vorsitz: Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU) erläuterte der Marketingexperte den Ausschussmitgliedern die „Entwicklung eines systematischen Berichtes zur Kulturförderung in NRW auf Basis einer kriteriengeleiteten Bestandsaufnahme“.

+++

Bei der Eröffnung der internationalen Fahrradmesse IFMA Cologne am 16. September wird auch der **Verkehrsausschuss** mit von der Partie sein. Im Anschluss an die offizielle Eröffnung ist eine Ausschusssitzung im Congress-Centrum Ost der Kölner Messe geplant.

Generationenvertrag – alte Menschen benötigen für ihre Betreuung und Pflege nicht nur die Geldleistungen einer Versicherung, sondern noch viel stärker das Engagement der jungen Generation.
Foto: Schälte

Verwirrtheit im Alter

Experten erörtern Demenz

„Demenz geht alle an“ – für dieses Motto des CDU-Antrags (Drs. 13/5052) spricht die Statistik: Jeder dritte Mensch heute wird im Alter Formen von Demenz zeigen. Dann sind es oft die Familienmitglieder, die ihre altersverwirrten Angehörigen pflegen und betreuen. „Zurzeit leiden circa 1,2 Millionen Menschen an Demenzerkrankungen. Prognosen lassen befürchten, dass sich in den kommenden 50 Jahren die Zahl der an mittelschweren und schweren Demenzen Erkrankten noch verdoppeln wird“ – mit dieser Feststellung wartet der Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/5554) auf. Beide Anträge und ein umfangreicher Fragenkatalog bildeten Anfang des Monats den Hintergrund der Anhörung von 20 Expertinnen und Experten im Gesundheitsausschuss unter dem Vorsitz von Bodo Champignon (SPD).

Dabei wurde deutlich, dass die gesetzlichen Voraussetzungen etwa für die Finanzierung der Pflege durch Familienangehörige und die soziale Betreuung geändert werden müssen. Dies auch mit Blick auf die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte, die bei steigendem Pflegebedarf das Engagement von ehrenamtlichen Kräften und Familienangehörigen immer bedeutsamer werden lässt. Starke Nachdruck legten Sprecher auf Prävention, Beratung und Schulung: Das diene dazu, Pflege erst gar nicht oder später eintreten zu lassen und die

Angehörigen vor Überforderung zu bewahren. So genannte „niedrigschwellige“ Angebote, Beratungsstellen und Netzwerke wurden gefordert, um – gemäß dem Prinzip „Ambulant vor Stationär“ – frühzeitig zu handeln und eine Einweisung in stationäre Einrichtungen zu vermeiden oder hinauszuzögern.

EMPFEHLUNGEN

Ein bunter Strauß von Empfehlungen und Anregungen wurde den Ausschussmitgliedern

von den Experten gebunden. So sollte in der Demenz nicht in erster Linie die Krankheit gesehen werden, sondern der Altersverwirrte sei als Mensch zu akzeptieren, der im Hier und Jetzt lebt und nicht mit Fragen nach Wochentag oder Uhrzeit traktiert werden sollte. Und ein anderer fragte, warum es unter türkischen Migranten keine oder selten Altersdemenz gebe – ob der kulturell-familiäre Hintergrund eine Rolle spiele? Mit Blick auf die Ausbildung an Universitäten wurde moniert, dass Gerontologie in der wissenschaftlichen Ausbildung immer noch unterbelichtet ist. Einen Imagewandel im Interesse Demenzkranker und ihrer Angehörigen mahnten andere an, die die „Tabuisierung und Stigmatisierung“ von Demenz in der Gesellschaft beklagten.

Erfolg an Hochschulen

Rückblick 2003 – „denkSPORTbewegt“

Mit 60 Veranstaltungen an 24 Hochschulen und nahezu 25.000 aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 15 Nationen kann NRW auf ein erfolgreiches Sportjahr zurückblicken. Die Bedeutung des Sports an deutschen Hochschulen in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken, war die tragende Idee.

Im Januar 2003 fiel mit der Eröffnungsgala in Aachen der Startschuss für das „Jahr des Hochschulsports NRW“. Über die Ergeb-

nisse referierten Nico Sperle, Vorsitzender des Organisationskomitees, und Michael Fahlenbock, Mitglied des Organisationskomitees, Anfang Juli im Sportausschuss unter Vorsitz von Gisela Hinnemann (CDU).

Neben traditionellen Turnieren wurden auch neue Wettbewerbe wie „Beachhandball“ oder „Futsal“ (Hallen- und Kleinfeldfußball) veranstaltet. NRW war Austragungsort aller Deutschen Hochschulmeisterschaften und der NRW Unilau-Cup wurde erstmals ins Leben

gerufen, so Sperle. Nicht nur sportliche Aktivitäten, sondern auch Workshops, Konferenzen, Tagungen, eine Ausstellung und ein wissenschaftlicher Wettbewerb standen im Zeichen des Hochschulsports. Sperle betonte dabei die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten. Insgesamt fand die Präsentation großen Zuspruch der Fraktionen. Auf Nachfrage bestätigte Michael Fahlenbock, dass das Prinzip der Nachhaltigkeit greifen würde. Der Hochschulsport sei eine Keimzelle für Trends. Aus Frankreich habe es die Anfrage gegeben, wie man ein solches Jahr organisieren könne und der wissenschaftliche Wettbewerb sowie der Unilau-Cup seien nur zwei Beispiele für Veranstaltungen, die in 2005 weiter geführt würden, so Fahlenbock.

K.G.

Neues Kfz-Zulassungsverfahren für NRW?

Experten uneins über mögliche Aufgabenverteilung

Wer sein Auto anmelden oder ummelden möchte, ein neues Kennzeichen benötigt oder Veränderungen am Auto in die Kfz-Papiere eintragen lassen möchte, kommt am Straßenverkehrsamt nicht vorbei. Mit erweiterten Öffnungszeiten und einem verbesserten Serviceangebot versuchen die Zulassungsstellen den Andrang zu bewältigen. Um die öffentliche Hand beim Zulassungsverfahren zu entlasten und den Bürgerinnen und Bürgern die Wege zwischen Straßenverkehrsamt und den technischen Prüfstellen zu ersparen, hat die FDP-Landtagsfraktion einen Antrag (Drs. 13/4130: „Entbürokratisierung: Straßenverkehrsämter entlasten, Zulassungsverfahren kundenfreundlich den technischen Überwachungsvereinigungen übertragen“) in den Verkehrsausschuss, Vorsitz von Manfred Hemmer (SPD), eingebracht. Ende Juni wurden zu diesem Thema Sachverständige und Experten angehört.



Nach der Prüfplakette demnächst auch das Zulassungssiegel? – Der TÜV und andere Überwachungsvereine können sich das vorstellen, die kommunalen Spitzenverbände dagegen nicht.

Ruhrfestspiele: Gespräche gehen weiter

Nachspiel der Castorf-Kündigung im Kulturausschuss

Ein Verlust von 700.000 Euro und eine geringe Auslastung bei den Zuschauerzahlen der Ruhrfestspiele unter der künstlerischen Leitung von Frank Castorf führten zu seiner Entlassung nach nur einer Spielzeit. Castorf hat inzwischen Widerspruch gegen die Kündigung eingelegt.

Dies war für die CDU-Fraktion Anklage, im Kulturausschuss (Vorsitz Dr. Renate Düttmann-Braun, CDU) Anfang Juli eine Aktuelle Viertelstunde zu beantragen. Gisela Hinnemann (CDU) übte Kritik an der Vorgehensweise des Landes, das viel eher hätte eingreifen müssen um dieses „Desaster“ zu verhindern. Landeskulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) räumte ein, dass die Festspiele in der Tat ein Desaster gewesen seien. Gleichzeitig betonte er aber, dass dies nicht die Schuld des Landes oder des Ministers sei, da NRW lediglich Zuschussgeber ist. Für die getroffenen Entscheidungen seien allein der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und die Stadt Recklinghausen als Gesellschafter der Ruhrfestspiele verantwortlich. Ein erster Schritt zu einer Lösung könnte ein Gespräch mit Ingrid Sehrbrock vom Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB sein. Gemeinsam will man dabei nach einem Ausweg aus der derzeitigen Situation suchen. **JKL**

Einigkeit, ob es sinnvoll sei, dass Zulassungsverfahren oder auch andere Aufgaben auf technische Überwachungsvereinigungen zu übertragen und die Dienst- und Fachaufsicht bei den Straßenverkehrsämtern zu belassen, gab es unter den geladenen Experten nicht.

Dr. Marco Kuhn, Landkreistag Nordrhein-Westfalen, gleichzeitig Sprecher für den Städtetag NRW, lehnte den Antrag ab; er sei nicht sachgerecht. Das Zulassungsverfahren beschränke sich nicht allein auf die Anmeldung von Pkw. Für das komplexe Aufgabenfeld seien qualifiziertes Personal und technische Ausstattungen nötig, die bei den technischen Überwachungsvereinigungen erst aufgebaut werden müssten. Auch der Bund-Länder Fachausschuss Fahrzeugzulassung habe sich gegen eine Übertragung auf Private ausgesprochen. Eine Verwaltungsvereinfachung oder die Ersparung von Wegstrecken für die Kunden gäbe es nicht, denn für eine Um- oder Abmeldung müsse man in der Regel nicht erst zur technischen Prüfstelle.

Rückhalt erhielt Kuhn von Roland Thomas, Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen. Eine Dezentralisierung würde steigende Kosten und eine Zersplitterung von Aufgaben zur Konsequenz haben, so Thomas. Gegen eine Privatisierung spräche vor allem die sensible Sicherheitslage beim Datenschutz. Thomas warb für eine Zuständigkeitsverlagerung von Kreis auf kreisangehörige Kommunen in gegenseitigem Einverständnis und für den Ausbau des Internetangebots, womit indirekt eine Erweiterung der Öffnungszeiten erreicht werden könne.

Widerspruch gab es dagegen von DEKRA-Sprecher Dipl.-Ing. Jürgen Bönninger. Beim Datenschutz gäbe es keine Probleme, schon jetzt würden alle Fahrzeugdaten nach Vorschrift archiviert. Durch die Einführung einer

Smartcard, für die die EU bereits 2003 die Voraussetzungen geschaffen habe, könne der Verwaltungsaufwand beim Zulassungswesen gemindert werden. Zudem könne die Chipkarte der Verkehrspolizei die Erfassung von Halter- und Fahrzeugdaten erheblich vereinfachen. Für den Bürger würden doppelte Wegstecken entfallen. Die Zulassungsstellen müssten lediglich die Daten registrieren und nicht mehr die Dokumente ausstellen. Dadurch könnten Kosten eingespart werden.

PILOTPROJEKT

Dr. Jürgen Brauckmann, TÜV Rheinland AG, betonte, dass die technischen Prüfstellen bereits heute personell und technisch gut ausgestattet seien, um Aufgaben beim Zulassungsverfahren zu übernehmen. Brauckmann verwies auf das Pilotprojekt in Rheinland Pfalz, bei dem ein Teilbereich der Zulassung auf den TÜV übertragen worden ist. Dadurch konnte die Verwaltung wirksam entlastet werden, so Brauckmann. Die technischen Prüfstellen seien gerne bereit, die zuständigen Gremien der Länder und des Bundes bei der Vorbereitung rechtlicher Rahmenbedingungen zu unterstützen.

Auch Dipl.-Ing. Peter Schuler, Kraftfahrzeug-Überwachungsorganisation freiberuflicher Kfz-Sachverständiger e.V. (KÜS), plädierte für eine Lockerung des Systems, um die Verwaltung zu entlasten und einen kundenfreundlicheren Service anbieten zu können. „Unsere Experten sind mit modernsten DV-Systemen ausgestattet und mit diesen Tools in der Lage, sicheren Datentransfer zu gewährleisten“, einer Aufgabenübertragung stünde nichts im Wege. **K.G.**

„Auch in der Opposition vieles bewirkt“

Dienstältester Abgeordneter des Landtags zieht Bilanz

Seit dem 25. Juli 1966 ist Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen. Der Rechtspolitiker hat bei seinem Eintritt in den Landtag die letzten Monate der Regierung Meyers (CDU) noch erlebt, bevor dann die SPD bis heute die Ministerpräsidenten stellt, erst in einer sozialliberalen Koalition, dann allein regierend und zuletzt in einem rot-grünen Parteienbündnis.

38 Jahre in der Opposition – beim Rückblick fühlt sich Klose dennoch nicht gänzlich von der politischen Gestaltung ausgeschlossen: „Ich war durchaus erfolgreich, wenn auch in kleinen Schritten.“ Auch als Oppositionspolitiker habe er zu vielen politischen Entwicklungen Anstöße geben können. Der ehemalige Vorsitzende des Rechtsausschusses (fünf Jahre) erwähnt in diesem Zusammenhang die Felder der Rechts-, der Verfassungspolitik und der Parlamentsreform, denen sein besonderes Augenmerk gegolten habe. So sei es gelungen, die Kontrollrechte des Parlaments durch die Stärkung des Petitionswesens wesentlich zu verbessern. Reformen im Justizvollzug und im Gerichtswesen seien erreicht worden. Um die Personalausgaben zu begrenzen, habe er als Leiter des Unterausschusses „Personalbedarf und

Stellenpläne“ zusammen mit Parlamentariern aller Fraktionen viel erreicht.

Klose erinnert als Korschenbroicher daran, dass der jetzige Kreis Neuss durch den Gesetzgeber geschaffen worden ist: Also sei hier, nicht zuletzt durch sein Mitwirken, die kommunale Selbstverwaltung erhalten worden und nicht

den benachbarten Großstädten „zum Opfer gefallen“. Das alles, meint

Klose, relativiere die grundsätzliche Erfahrung, dass Initiativen der Opposition in der Regel erst einmal in den Papierkorb der Regierenden wanderten (um dann vielleicht als Entwurf der Regierung verändert wieder zu erscheinen).

Der Schulterschluss gelingt besser, so bald es um parteiübergreifende Angelegenheiten geht, ist eine andere Erfahrung Kloses. Hier gebe es Erfolgserlebnisse, etwa beim Kampf gegen Links- und Rechtsradikalismus oder beim Eintreten gegen Antisemitismus und für das deutsch-jüdische Zusammenleben, betont der stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, der sich wie viele andere Mandatsträger nicht als bloßer Landespolitiker versteht, sondern als „verbindenden Botschafter“ zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Landespolitik begreift.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU)
in seinem Abgeordnetenzimmer
im Düsseldorfer Landtag.
Foto: Schälte

Diese Landespolitik droht nach Ansicht des früheren Landtagsvizepräsidenten (18 Jahre in diesem Amt) im Spannungsfeld mit anderen politischen Ebenen an Bedeutung zu verlieren – und das nicht erst in der letzten Zeit. Der Abgeordnete erinnert sich, dass er bald nach seinem Eintritt in den Landtag als Neuling in eine Arbeitsgruppe seiner Fraktion zur Reform des Föderalismus („Die brauchten wohl einen Protokollanten“) eingeladen wurde. Die Probleme damals und heute seien im Wesentlichen immer noch die dieselben, meint Klose: Schon bei Einführung der Gemeinschaftsaufgaben zwischen Bund und Ländern, so sein Urteil, hätte man sehen können, dass sich die Übertragung von Zuständigkeiten an den Bund negativ für die Länder auswirken wird, „man hat es trotzdem gemacht“. Heute ist Klose immer noch überzeugter Föderalist. Damit die Bedeutung der Landtage nicht weiter sinkt, müssen nach seiner Ansicht den Ländern neue Zuständigkeiten übertragen werden, „sonst wird das System nicht zu halten sein“.

KLIMAVERÄNDERUNG

Kompetenzen sind das eine, Klima das andere. Aus der Rückschau fällt Klose über den Umgang im Parlament das Urteil: Es sei früher härter um die Sache gegangen, aber rücksichtsvoller im menschlichen Umgang miteinander. „Heute übersteigen die persönlichen Angriffe oft die erforderliche Toleranzgrenze.“

In seinem Arbeitszimmer in der sechsten Etage des Landtagsgebäudes häufen sich Bücher, Broschüren und Unterlagen. Unordnung? Das lässt der Abgeordnete nicht gelten: Er finde stets, was er suche. Seine Reden habe er dank seines „Archivs“ mit seltenen Ausnahmen selber geschrieben. Vor kurzem habe er einen Brief des damaligen Bundespräsidenten Rau erhalten: Wenn Klose weiter über die NRW-Landtagswahl im kommenden Jahr Parlamentarier bleibe, dann könnte er Raus Rekord (40 Jahre) einstellen und überbieten. Klose: „Das hat meine Frau mit zu entscheiden.“ Sie habe ihn immer kräftig unterstützt. Überhaupt sei wenig bekannt, wie weit die Ehefrau eines Politikers in die Arbeit ihres Mannes einbezogen sei. Das wäre doch ein schönes Thema für eine wissenschaftliche Arbeit: „Die rechtliche und politische Stellung der Ehefrau und der Angehörigen eines Abgeordneten.“ Klose, das weiß man, interessiert sich sehr für verfassungspolitische Fragen... .



SPD

Kommunen werden nicht zusätzlich belastet

In der Anhörung zum Kinder- und Jugendfördergesetz wurden sowohl Zustimmung als auch Befürchtungen der Kommunen deutlich. Kommunalvertreter äußerten die Sorge, das Gesetz werde sie mit zusätzlichen Aufgaben auch zusätzlich finanziell belasten. „Diese Sorge ist unbegründet“, kommentierte Bernd Flessenkemper, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Es gehe darum, die Kinder- und Jugendhilfe, die in erster Linie eine kommunale Aufgabe sei, auf eine verlässliche Basis zu stellen. Die SPD-Fraktion wolle erreichen, dass die Kommunen das Engagement, das sie bisher in diesem Bereich gezeigt hätten, beibehalten. Im Gegenzug verpflichte sich das Land, seinen finanziellen Anteil für eine Legislaturperiode gesetzlich verbindlich festzuschreiben.

Positiv bewertete der SPD-Sprecher das Angebot der Opposition zur Zusammenarbeit bei Beratung und Verabschiedung des Gesetzes. „Wir nehmen dieses Angebot ernst, ob die Opposition es auch ernst meint, werden wir sehr schnell feststellen“, erklärte Bernd Flessenkemper. Die SPD-Fraktion erwarte, dass die CDU die Meinungsbildung in den kommunalen Spitzenverbänden positiv beeinflusse. Auch dort, wo die CDU in Stadträten die Mehrheit habe, könne die CDU-Landtagsfraktion helfen, Abwehrhaltungen zu überwinden. So werde sich bald zeigen, ob weiter nach Gründen gesucht werde, um gegen das Kinder- und Jugendfördergesetz zu opponieren, oder ob jetzt die Bereitschaft zu gemeinsamem verantwortlichen Handeln wachse.



FDP

FDP für „Sonderwirtschaftsgebiet Ruhr“

Mit einem 25-Punkte-Paket zur Errichtung eines „Sonderwirtschaftsgebiets Ruhr“ hat die FDP-Landtagsfraktion eigene Vorschläge in der Debatte über die marktwirtschaftliche Erneuerung Nordrhein-Westfalens vorgelegt. „Ziel des Vorstoßes ist eine Modernisierungsoffensive, die Wachstumsanreize vor allem für mittelständische Unternehmen setzt und damit die Voraussetzung für neue Arbeitsplätze an der Ruhr schafft“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dr. Gerhard Papke. Der Liberale warnte, wenn die derzeitige Entwicklung nicht gestoppt werde, drohe insbesondere die Emscher-Lippe-Region den Anschluss zu verlieren. Die Chance des Ruhrgebiets liege darin, zu einer Modellregion für die marktwirtschaftliche Erneuerung des gesamten Landes zu werden.

Die Vorschläge der FDP umfassen unter anderem die Senkung der kommunalen Steuersätze, die Aussetzung der Wassersteuer und die Straffung der Planungszeiten beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Besonders hervorgehoben wurde außerdem die Maßnahme, betriebliche Bündnisse für Arbeit durch eine Änderung des Betriebsverfassungs- und Tarifvertragsgesetzes zu ermöglichen. Die Liberalen wollen eine räumlich und zeitlich begrenzte Erprobung der Sondermaßnahmen. Demnach solle das „Sonderwirtschaftsgebiet Ruhr“ ausschließlich den Kommunalverband Ruhrgebiet umfassen und die Erprobungsphase auf fünf Jahre befristet werden.

CDU

Volles Haus im Hohen Haus

Die Overather Künstlerin Pari Ravan stellt zurzeit ihre Gemälde und Skulpturen im Foyer der CDU-Landtagsfraktion aus. Die Bilder, die man als „romantischen Surrealismus“ bezeichnen kann, zeigen vor allem blauen Himmel, der viele Träumereien zulässt. Gegenstände und Personen erscheinen hingegen eher klein und unscheinbar. Dennoch versteckte sich hinter jedem Bild eine wahre Geschichte oder eine persönliche Erfahrung, erläuterte der Direktor des Stadtmuseums Siegburg, Dr. Gert Fischer, mit launigen Worten den zahlreich erschienen Kunstliebhabern. Auch der Direktor des Museums Baden, Dr. Rolf Jessewitsch, der den Kontakt über den Landtagsabgeordneten Horst Westkämper hergestellt hatte, war erschienen. Die Ausstellung kann nach Voranmeldung bei Sandra Ossowski (Tel. 0211/884-2267) noch bis zum 10. September besucht werden.



GRÜNE

Aktion Tagwerk

Unter Schirmherrschaft der Ministerinnen Höhn und Fischer fand am 15. Juli landesweit die Aktion Tagwerk statt. Die Idee: Für einen Tag besuchen freiwillige Schülerinnen und Schüler nicht den Schulunterricht, sondern suchen sich einen bezahlten Job. Das verdiente Geld allerdings behalten sie nicht selbst, es wird über den Trägerverein Aktion Tagwerk für Schul- und Ausbildungsprojekte in „Ländern des Südens“ gespendet. An dieser Aktion beteiligte sich auch die Grüne Landtagsfraktion: In ihrem Auftrag verkaufte die Düsseldorfer Gymnasiastin Rebecca Altmann (l.) fair gehandelte Produkte zum Selbstkostenpreis und machte so gleichzeitig auf die Möglichkeit aufmerksam, mit entsprechendem Einkaufsverhalten gerechtere Produktions- und Verkaufsbedingungen in benachteiligten Ländern zu unterstützen. Rechts im Bild die Landtagsabgeordnete Ute Koczy.





Porträt der Woche: Barbara Steffens (GRÜNE)

Es ist deutlich zu spüren: Barbara Steffens ist in ihrem Element. Die grüne Vizefraktionschefin im Düsseldorfer Landtag legt sich mächtig ins Zeug. Seit Wochen tourt sie durchs Land, hält Vorträge, schreibt Rundbriefe und stellt Fragebögen zusammen. Anlass für so viel Aktivität ist eigentlich ein Bundesthema. Was unter dem Schlagwort Hartz IV, also der vom Bund beschlossenen Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfegeld anscheinend so harmlos daher kommt, birgt in der Umsetzung vor Ort Riesenprobleme. Das hat die grüne Sozialpolitikerin genau erkannt.

„Es geht jetzt darum, im Sinne der Bürger die bestmögliche Ausgestaltung zu erreichen. Deswegen müssen wir als Grüne die Rolle des Sprachrohrs der Betroffenen übernehmen und in deren Interesse Fragen stellen, Probleme benennen und Lösungen bei Bund und Kommunen einfordern. Wir sind um eine optimale Umsetzung bemüht“, betont die 42-Jährige. Sie weiß, dass ein Gutteil des Erfolgs ihrer Partei damit zusammenhängt, dass die Grünen versuchen, ihren Wählern die Politik zu erklären und an den Wahlkampfständen Antworten auf die Fragen der Bürger zu geben.

Auf ihrem Weg zur engagierten Sozial-, Arbeits- und Gesundheitspolitikerin hat Barbara Steffens einen tüchtigen Weg zurückgelegt. Die am 24. Januar 1962 in Düsseldorf geborene und in Köln aufgewachsene Abgeordnete hat nach dem Abitur Afrikanistik, Romanistik und Politik studiert, dann aber eine Ausbildung zur Biologisch-Technischen Assistentin gemacht, um anschließend Chemie zu studieren. Über Mitarbeit beim BUND, bei Greenpeace und in Anti-Atom-

bewegungen kam Barbara Steffens als Nicht-grüne zum Umweltschutzbereich der grünen Kölner Ratsfraktion. Dort hatte sie das Gefühl, etwas bewegen und verändern zu können. „Die Arbeit war erfolgreich und hat Resultate gebracht. Deshalb bin ich dann 1989 Mitglied im BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geworden“, erinnert sie sich.

EIFRIGE REDNERIN

Danach ging es mit der Parteikarriere rasch bergauf. Kurz darauf war Barbara Steffens im Kreisverbandsvorstand. 1992 wurde sie politische Geschäftsführerin des Landesverbandes NRW, also erste Generalsekretärin der Landesgrünen. Von 1994 bis 2000 war sie Landesvorsitzende, von 1998 bis 2000 Mitglied des Parteirates des Bundesverbandes der Grünen. Als Mitglied im Koalitionsausschuss bearbeitete sie die Gebiete Arbeit, Gesundheit und Soziales. Da war es nur folgerichtig, dass sie im Jahr 2000 Landtagsabgeordnete Sprecherin der Grünen im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheit der Vertriebenen und Flüchtlinge wurde. Außerdem ist die grüne Abgeordnete in der Enquete-Kommission „Situation und Zukunft der Pflege in NRW“ aktiv.

Wie das Landtagsprotokoll ausweist, hat Barbara Steffens in ihrer relativ kurzen Abgeordnetenzeit bereits 173 Reden gehalten. Dabei ging es um wichtige, von der Bevölkerung stark beachtete, allerdings nicht sonderlich populäre Themen wie das Landespflegegesetz oder das Bestattungsgesetz. Für die kommende Legislaturperiode, in der sie gern wieder dabei sein

möchte, sieht sie im Ausbau der häuslichen Pflege und in der Vernetzung der ambulanten Pflege mit der Stadtentwicklungspolitik neue, immer wichtiger werdende Schwerpunkte ihrer Arbeit.

Neben dem politischen Engagement sorgte Barbara Steffens für Aufsehen, als sie ganz privat die erste schwarz-grüne Verbindung im Landtag schuf. Ihr Sitzpartner im Plenum, der haushaltspolitische Sprecher der CDU, Helmut Diegel, wurde zum Freund und Ehemann. Immer den Blick nach vorn gerichtet, hält Barbara Steffens politisch die Fortsetzung der rot-grünen Koalition in Düsseldorf auch nach der Landtagswahl 2005 für wünschenswert und logisch, weil beide Fraktionen „thematisch nahe beieinander liegen“. Das Gerede von einer möglichen schwarz-grünen Koalition auf Landesebene nennt Barbara Steffens eine „absolut von außen aufgezwungene, künstlich herbei geredete Debatte“ und fügt mit wissendem Augenzwinkern hinzu: „Ich habe ja eine schwarz-grüne Ehe.“

Autorin:
Gerlind Schaidt



Gegnerischer Spielrausch

Volksfest-Stimmung herrschte Ende vergangenen Monats auf der Sportanlage des VfL Lüerdisen (bei Lemgo), als die Spieler des FC Landtag eintrafen. Der Verein feierte seinen 75. Geburtstag und hatte Erstaunliches organisiert bis hin zu herrlichem Sommerwetter. Gastgeberin Ina Meise-Laukamp streifte sich das Trikot mit der Nummer 1 über und besorgte den Anstoß. Auf einen Einsatz in der Landes-Elf musste die Landtagsabgeordnete leider verzichten.

Das hatte die Behinderten-Nationalmannschaft zwei Halbzeiten lang Gelegenheit, ihr fußballerisches Können zu demonstrieren. Die Spieler erwiesen sich als hoch motiviert und immens laufstark. Die für den FC Landtag unermüdlich rackernden Ralf Jäger, Hans Kraft, Dirk Schüttrumpf und Werner

Mayer mussten der Jugend Tribut zollen. Aufgrund mustergültiger Teamleistung, glänzender Kombinationen und fernsehreifer Torschüsse steigerte sich die Behinderten-Mannschaft in einen förmlichen Fußball-Rausch. Immer wieder musste der Landtags-Keeper hinter sich greifen. Beim Stande von 9:0 kam der erlösende Schlusspfiff.

Die aufmerksame Spiel-Beobachterin Ina Meise-Laukamp: „Gegen diese körperlich und technisch überragende Nationalmannschaft war kein Kraut gewachsen. Sie fährt jetzt zur EM nach Schweden. Wir alle drücken die Daumen und wünschen viel Erfolg.“



Die beiden Teams vor dem Kräfftemessen.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Volontär: Axel Bäumer
Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-23 09 und 884-25 45, Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressesprecher; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Holger Schlienkamp (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Satz/Gestaltung/Layout: h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

Herstellung und Versand: VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 22. Juli bis 21. September 2004

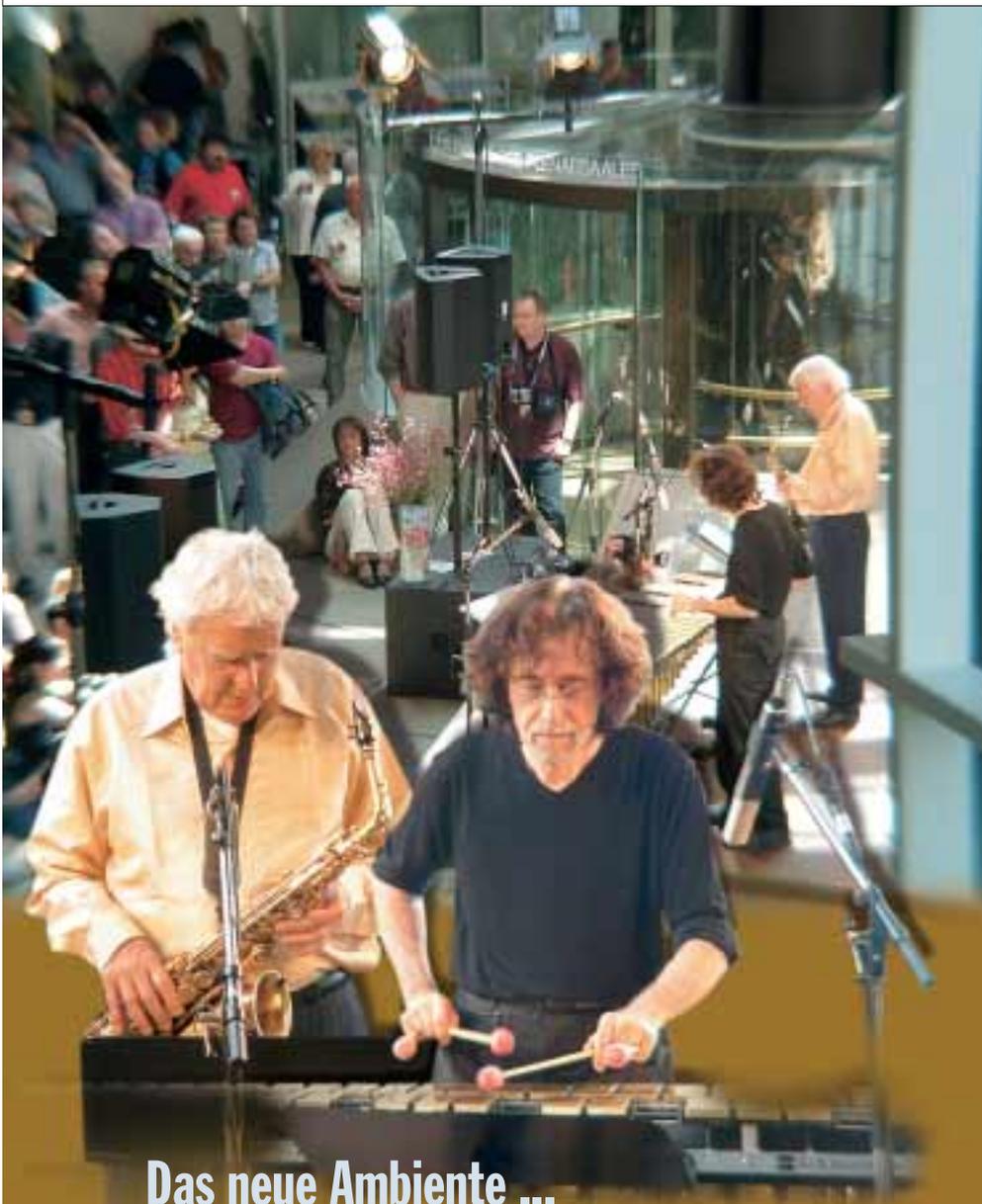
22.7. Helmut Stahl (CDU)	(57)
22.7. Dr. Axel Horstmann (SPD)	(50)
23.7. Marlies Stotz (SPD)	(45)
24.7. Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)	(60)
25.7. Michael Scheffler (SPD)	(50)
27.7. Klaus Strehl (SPD)	(61)
28.7. Franz-Josef Pangels (CDU)	(69)
29.7. Wolfgang Kölker (CDU)	(45)
30.7. Peter Budschun (SPD)	(64)
31.7. Lothar Niggeloh (SPD)	(65)
1.8. Ellen Werthmann (SPD)	(67)
4.8. Hannelore Brüning (CDU)	(62)
5.8. Thomas Kufen (CDU)	(31)
7.8. Vera Dedanwala (SPD)	(61)
9.8. Rüdiger Sagel (GRÜNE)	(49)
10.8. Irmgard Mierbach (SPD)	(62)
13.8. Dietrich Kessel (SPD)	(63)
14.8. Dr. Stefan Grüll (FDP)	(43)
20.8. Wolfgang Drese (SPD)	(61)
20.8. Axel Dirx (SPD)	(58)
21.8. Ilka Keller (CDU)	(60)
21.8. Werner Jostmeier (CDU)	(54)
23.8. Dr. Annemarie Schraps (CDU)	(68)
28.8. Edgar Moron (SPD)	(63)
29.8. Richard Blömer (CDU)	(60)
29.8. Felix Becker (FDP)	(55)
29.8. Ursula Doppmeier (CDU)	(52)
31.8. Herbert Reul (CDU)	(52)
2.9. Wilhelm Lieven (CDU)	(70)
2.9. Jamal Karsli (fraktionslos)	(48)
3.9. Karin Jung (SPD)	(62)
6.9. Jürgen Jentsch (SPD)	(65)
8.9. Jochen Dieckmann (SPD)	(57)
11.9. Gabriele Kordowski (CDU)	(51)
15.9. Dr. Stefan Berger (CDU)	(35)
16.9. Britta Altenkamp (SPD)	(40)
17.9. Jutta Appelt (CDU)	(65)
17.9. Anke Brunn (SPD)	(62)
21.9. Dieter Hilser (SPD)	(51)

Dr. Eugen Gerritz (SPD), Mitglied des Landtags von 1980 bis 1995 und kulturpolitischer Sprecher seiner Fraktion, danach Vorsitzender des Literatur-Rates NRW und Mitglied des Kuratoriums der Kulturstiftung der Länder, hat unter dem Titel „Von der Brauchbarkeit der Kunst“ Reden und andere Texte zu einem Buch zusammengefasst, das im Bielefelder Pen-dragon Verlag erschienen ist.

Harald Noack, Staatssekretär im NRW-Finanzministerium, verlässt das Ministerium und wird Vize-Hauptgeschäftsführer beim Bundesverband deutscher Banken in Berlin. Noack-Nachfolger wird Wolfgang Steller, bisher Abteilungsleiter im Finanzministerium.

Pfarrer Rolf Krebs (55) wird neuer Beauftragter der Evangelischen Kirchen beim Landtag und bei der Landesregierung. Krebs war zuvor Superintendent des Kirchenkreises Steinfurt-Coesfeld-Borken.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Das neue Ambiente ...

... der umgestalteten Eingangshalle kam voll zur Geltung, als im Landtag Ende vergangenen Monats die Düsseldorfer Jazz Rally zum zweiten Mal Station machte. In entspannter Atmosphäre mit Blick auf den Rhein konnten zahlreiche begeisterte Zuhörerinnen und Zuhörer dem Saxophon von Charlie Mariano (links) und dem Vibraphon von Mike Mainieri (rechts) lauschen. Mariano, dem man seine 80 Jahre nicht ansah, ist Sohn italienischer Einwanderer und spielte schon in der Big Band von Stan Kenton mit Charlie Parker, Dizzy Gillespie und Erroll Garner. Sein 15 Jahre jüngerer Kollege Mainieri gehört zu den Initiatoren des elektronischen Rock-Jazz und betreut als Produzent, Arrangeur und Komponist Pop-Größen wie Paul Simon, Billy Joel oder Aerosmith und Dire Straits.

Fotos: Scholtißek